

gratis!

# revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

Nr. 62

Nov. / Dez. 2012

Ostumgehung als  
Sackgasse?

Bürgerhaushalt als  
Sparmodell

Neonazi-Laden in  
Celle

Besseres Hannover  
verboten

War-Tech in der  
Südheide

MOX-Transporte  
nach Grohnde

Syrien: Wie sind  
die Karten verteilt?

Termine in Politik  
und Kultur



# INHALT

Interview mit Helga Habekost, BUND	
Ostumgehung auf der Kippe	3
Kommentar zur Ostumgehung	
Abschied von der Welt von gestern? .....	4
Bürgerhaushalt 2013	
So wird das nichts	5
Tattoo-Shop	
Nazi-Laden in Celle	6
Abschieber Schünemann verbietet »Abschiebär«	
»Besseres Hannover« verboten	8
Leserzuschrift zu »Johannes Kneifel«	
In Selbstverliebtheit verfallen	9
Meldungen	10
Laternengespräche	
Ab zum alten Eisen	14
Ausbau des Rüstungsstandorts Trauen	
War-Tech in der Heide	16
Deutsche Satelliten für die	
militarisierte Weltraumforschung	17
E.on verdient – die Risiken tragen wir	
MOX-Transporte nach Grohnde	20
Interview mit Martin Dolzer	
Syrien und die kurdische Frage	22
Lesetipps	
Grüner Sozialismus & Occupy Anarchy	25
Manfred Sohn: Der dritte Anlauf	27
Veranstaltungen	
Edutainment, Kai Degenhardt	
Berliner Compagnie & Castor-Prozess	28
Kinotermine	30
Termine in Kultur & Politik	31



## HALLO

*“You're a slave to the capitalist system and it's controlled by the global elite / Double dealing with the banks, behind your back, just can't fight.”*

Van Morrison

Für wenigstens zwei Mitglieder unserer kleinen Redaktion ist Van Morrison einer der Großen. Dass er – wie die Zeilen zeigen – in hohem Alter klassenkämpferische Töne anstimmt, verleitet uns zu der Empfehlung: Schenkt seine neue CD »Born To Sing: No Plan B« allen euren Lieben, die älter sind als 50 und sich deutlich jünger fühlen, als sie sind.

Klar – das ist kaum mehr als Klassenkampfattitüde, aber: Es liegen Monate hinter uns, in denen viele Menschen in den Metropolen langsam wieder begreifen, dass sie es sind, die verarscht werden. Das ist für den Anfang nicht wenig. Warum in Deutschland trotzdem Krypto-Faschisten wie Sarrazin Millionen Bücher verkaufen, man sich ernsthaft darüber Gedanken macht, ob Özil nicht nach Absingen der Hymne besser kicken würde, oder die Mär von den faulen Griechen Millionen den Kopf verwirrt, bleibt uns wirklich in großen Teilen ein Rätsel.

Wir hoffen nach wie vor mit unserer Zeitschrift die Verwirrtheit nicht zu vergrößern, sondern den einen oder anderen Knoten in den Hirnwindungen zu lösen – damit beginnen wir selbstverständlich bei uns selbst, jedesmal wenn wir das Heft vollschreiben.

Falls euch das irgendwas wert ist, wären wir froh, wenn sich die Wertschätzung mal in Zuflüssen auf unser Konto (siehe unten) ausdrücken würde.

In 2013 lassen wir wieder von uns hören.

Bis dahin – eure revista

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle  
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>  
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,  
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)  
Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Cafe Wichtig, ver.di-Büro, BSG-Büro, Sternkopf & Hübel, Rio's, Gegen den Strich, Morlock

## Interview mit Helga Habekost, »Im Interesse Aller«

# Ostumgehung auf der Kippe

Der 7. Senat des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts hat mit Beschluss vom 27. September die aufschiebende Wirkung der Klage angeordnet, die der BUND gegen den Planfeststellungsbeschluss des Mittelteils der Ostumgehung erhoben hatte. Dabei geht es um den Streckenteil mit der Allerquerung in Altencelle. D.h.: Der Ausgang des Rechtsstreits ist aus Sicht des OVG in der Hauptsache offen. Insbesondere geht es um Rechtsfragen, die europarechtlich geschützte Gemeinwohlbelange des Naturschutzes betreffen. Wir haben Helga Habekost, Vorstandsvorsitzende des Vereins »Im-Interesse-Aller« und langjährige engagierte Streiterin gegen die Ostumgehung um eine Einschätzung gebeten.

**??: Wir waren – ehrlich gesagt – von dem OVG-Beschluss eher überrascht, äußerst freudig selbstverständlich. Die klagenden Seiten hatten sich ja immer schon optimistisch gezeigt. Wie ist Ihre Stimmung?**

!!: Natürlich haben wir uns im Vereinsvorstand gefreut - und sicherlich nicht nur wir, sondern auch diejenigen Menschen, die von einem Bau der Ostumgehung (OU) in unmittelbarer Nähe ihrer Wohnung / Ihres Hauses betroffen wären, die die Artenvielfalt zu schätzen wissen und deren Naherholungsgebiete beeinträchtigt werden.

**??: Was besagt der OVG-Beschluss bei genauer Betrachtung? Können Sie erläutern, um welchen Verfahrensschritt es sich handelt?**

!!: Der sog. „Sofortvollzug“, der mit Flächen-Enteignungen verbunden wäre, ist ausgesetzt. Es dürfen nun also nicht sofort „vollendete Tatsachen“ geschaffen werden (Baumfällungen,

Brückenbau usw.) so, wie wir es im ersten Bauabschnitt (1. BA) ohne Eigentumsregelungen erlebten.

**??: Wie geht es jetzt weiter?**

!!: Die Politik scheint die Bedeutung des europäischen Naturschutzes nicht anzuerkennen. Eine Umfahrungsstraße für Celle müsste die gutachterlichen Aussagen berücksichtigen, worin bereits 1988 (Retzko + Topp) festgestellt wurde, dass eine Ost-Umfahrung mit dem Naturschutz nicht vereinbar sei. Es erscheint mir fraglich, ob die gebotene Abwägung zum sog. „öffentlichen Interesse“ in vertretbarem Maße und Gewichtung erfolgte ... nun muss das Gericht im Hauptsache-Verfahren entscheiden. - In seiner 13-seitigen Begründung weist das

OVG darauf hin, dass mehrere Sachverhalte zu klären seien und dass bisherige Einwander noch bis Anfang Januar 2013 sich der Klärgemeinschaft anschließen könnten.

Wenn die örtliche Politik in einer Sackgasse angekommen ist, so sollte sie umkehren.

Der Baustopp sollte die Politiker motivieren, nach Alternativen zu suchen.

**??: Im Kern geht es ja um Natura-2000-Gebiete nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU. Um welche Gebiete geht es und warum sind diese in besonderer Weise schützenswert?**

!!: Im Allerquerungs-Abschnitt (3. BA) gibt es diverse Problem-Themen: „Habitatschutz“ (= Lebensraum-schutz z.B. für Storch, Otter, grüne Keiljungfer (Libelle), Fledermäuse und div. Vögel); schädliche Stickstoff-Einträge und erhebliche Gebiets-Beeinträchtigungen – insbesondere sind die beiden FFH-Gebiete der Aller und Lachte betroffen; Lärm-Emissionen betreffend Mensch und Tier; Hochwasserschutz und Tsellis sind da Stichworte.

**??: Was meinen Sie, warum haben die Planer darüber einfach hinweggesehen – sie sind doch schon 1984 einmal, wenn auch an anderer Stelle – nämlich als sie eine Querung in Höhe der Lachte Einmündung wollten – gescheitert?**

!!: Der BUND hatte sich seinerzeit schon mit der Klage im 1. BA gegen die „bauabschnittsweise“ Planungs- und Durchführungsart gewandt. Das OVG hatte in seiner damaligen Presseerklärung

zum 1. BA-Urteil bereits auf die Naturschutz- / Aller-Problematik hingewiesen – aber es galt der politische Wille, eine Ost-Umfahrung zu zementieren.

**??: Die Parteien vor Ort haben sich ja in vorhersehbarer Weise zum Beschluss geäußert, aber von den zivilgesellschaftlichen Initiativen hat sich niemand zu Wort gemeldet. Woran liegt's?**

!!: Das OVG Lüneburg ist dem BUND-Antrag seitens des Hamburger Rechtsanwaltes gefolgt – dem ist nichts hinzuzufügen. Nun muss das Hauptsache-Verfahren abgewartet werden.



## Abschied von der Welt von gestern?

Die Schildbürger vergaßen bekanntlich bei ihrem Rathausneubau die Fenster, weshalb sie versuchten, das Sonnenlicht mit Eimern einzufangen und ins Innere zu tragen, was fehlgeschlug. Ein moderner Schildbürgerstreich ist jetzt den Planern der Celler Ostumgehung gelungen: Millionen sind verbaut, doch das bisher fertiggestellte Drittel verliert jegliche Funktionalität, sollte das OVG den Bauabschnitt über die Aller im Hauptsacheverfahren scheitern lassen.

Vor diesem Hintergrund ist das geringe Maß an Aufregung, das der Beschluss hervorgerufen hat, erstaunlich. Oder vielleicht auch nicht – schließlich stehen 85 % »der« Politik hinter der Irrsinn-Planung. So schlossen sich dann auch alle Parteienvertreter von CDU, FDP und SPD im Kern der Losung des nds. Wirtschaftsministers Jörg Bode an, der meinte: *„Denn nicht nur die Natur, sondern auch die Menschen haben ein Recht auf Schutz vor Lärm und Abgasen.“* Jedes vernunftbegabte Wesen sollte sich deshalb doch wohl an die Vermeidung von Lärm und Abgasen machen, und nicht an eine Verlagerung, die die einen schützt, aber Natur und Menschen anderswo genau diesem Übel aussetzt.



Doch genau darum geht es nicht bei einer Planung, die ihren Anfang vor über 50 Jahren nahm. Seit den späten 1960er Jahren geht es in Celle darum, sich der Probleme in einzelnen Ortsteilen statt mit angepassten Lösungen durch eine vom Bund finanzierte Ortsumgehung zu entledigen.

Und die Planer wollen nicht wahrhaben, dass die Durchschneidung der Alleraue ihnen dabei einen Strich durch die Rechnung machen kann. Im Jahr 1984 waren sie ein erstes Mal gescheitert. Damals hatte eine in der Breite eher wertkonservativ aufgestellte Bewegung, zu der sich u.a. über den damaligen Herausgeber Georg Pffingsten auch die Cellesche Zeitung zählte, die Planungen ebenfalls vor dem OVG zu Fall

gebracht. Der Irrsinn war seinerzeit noch eine Umdrehung größer. Die Allerquerung sollte in Höhe der Lachtemündung erfolgen und viele hielten den Ausbau der Pfennigbrücke zu einer Autostraße für zwingend. Die Gegner argumentierten damals: *„Oberster Gesichtspunkt bleibt die Erhaltung des Naherholungs- und Landschaftsschutzgebietes an der Oberaller zwischen Pfennigbrücke und Altencelle. [...]Dem Moloch Verkehr darf nicht mehr geopfert werden, als unbedingt notwendig ist. Wesentlich ist nicht, daß der Autofahrer durch die Benutzung einer kreuzungsfreien Autostraße beim Umfahren von Celle ein paar Minuten gewinnt, sondern daß dem Bürger von Celle ein unvergleichliches Naherholungsgebiet erhalten bleibt.“* (CZ, 11.06.1976)

Das kann heute mehr denn je Gültigkeit beanspruchen. Die Verkehrswende ist vor dem Hintergrund des Klimawandels ein Muss. Und die Ostumgehung ist nun einmal das genaue Gegenteil: Die Planung fördert den motorisierten Individualverkehr und zerstört ein Landschaftsschutzgebiet.

Das Klimaschutzkonzept der Stadt weist in aller Harmlosigkeit darauf hin: *„Der heutige Verkehr ist zu ca. 95 Prozent von fossilen Brennstoffen abhängig. Folge sind u.a. Beeinträchtigungen der Umwelt sowie der Gesundheit und der Lebensqualität der Menschen durch Luftverschmutzung und Klimaveränderung. So gehen in Deutschland rund 20 Prozent der direkten CO<sub>2</sub>-Emissionen auf das Konto des Verkehrs, ca. 95 Prozent davon werden im Straßenverkehr erzeugt. [...] Das Potenzial, das durch die städtische Verkehrsplanung beeinflusst werden kann, ist ebenfalls beachtlich, denn ein sehr hoher Anteil des Verkehrs hat einen regionalen Bezug. 85 % aller Wege im Personenverkehr sind kürzer als 20 Kilometer. Darunter sind zum Beispiel viele Wege von Berufspendlern aus dem Stadrumland in die Stadt oder Einkaufs- und Freizeitwege der Städter ins Umland. Durch Optimierung des ÖPNV Angebots und Verlagerung auf den nicht motorisierten Verkehr ergeben sich damit für Celle hohe Verkehrsminderungs- und CO<sub>2</sub> Einsparpotentiale.“*

Aber nicht einmal für die Bündnisgrünen ist dies ein zentrales Argument. Der Fraktionschef Bernd Zobel hob vor allem darauf ab, dass man *„die als Alternative von den Grünen favorisierte Westumgehung stärker [hätte] berücksichtigen müssen.“*

Grundsätzlich äußerte sich dagegen die Ratsfraktion Die Linke/BSG: *„Die Planer sind in maßlosem Vertrauen auf ihre Sicht der Dinge vorgegangen und haben – im Grunde genommen überflüssige – Streckenabschnitte gebaut, ohne die berechtigten Bedenken zu berücksichtigen. Der Schaden, den sie damit verursacht haben, könnte letztlich erheblich sein. Das wäre wirklich mal was für das Schwarzbuch des Steuerzahlerbundes.“* Nach Auffassung von Behiye Uca (Die Linke) ist die Ostumgehung eine Planung von vorgestern: *„Wir alle wissen, dass die Welt von übermorgen Mobilität ohne PKW und LKW herstellen muss und dass diese andere Mobilität deshalb keine neuen Straßen braucht.“* Neue Straßen würden Individualverkehr nie verringern, sondern immer vergrößern. Deshalb gehe das ganze Projekt in eine falsche Richtung. Statt zielgerichtet Belastungen in einzelnen Stadtteilen zu minimieren, habe das Festhalten an einer überdimensionierten und zu recht kritisierten Planung jetzt zu einer völlig absurden Situation geführt.

# So wird das nichts

Sparen, sparen, sparen – die Bürger\_innen kamen der Aufforderung der Stadt in größerem Umfang nach als noch vor zwei Jahren. Über hundert Vorschläge sammelten sich im Laufe der fünf Wochen auf der extra eingerichteten Website. Unterm Strich bleibt aber wieder nicht mehr als eine Potemkinsche Veranstaltung. Für ein derart unzulängliches Beteiligungsverfahren sollte sich die Stadt die Ausgaben sparen.

Was ist die Idee des Bürger- oder Beteiligungshaushalts? Die Stadtgesellschaft soll über Vorschläge und Bewertungen eingebunden werden in die Haushalts-Politik der Stadt. Dabei kann es im Kern nicht ums »Sparen« gehen, sondern um eine Verbesserung der Lebensqualität – das lässt sich in der Regel nicht mit Sparen schaffen, wohl aber mit Umschichtungen; also z.B.: Weniger für Straßenbau, mehr für Umwelt – oder Gewerbesteuer erhöhen, Kita-Gebühren senken.

Die Absicht war aber eine andere; in seiner Ansprache an die Bürger\_innen fordert der Oberbürgermeister dazu auf, dass *„wir gemeinsam Ideen und Lösungen entwickeln, um neue Sparmöglichkeiten und Einnahmequellen zu erschließen.“* Wobei mit neuen Einnahmequellen nicht die Erhöhung der Gewerbesteuer gemeint ist, sondern die Erhebung von Gebühren für dieses und jenes.

Es ist nicht verwunderlich, dass etliche Bürger\_innen diesen neoliberalen Ansatz detailversessen und ressentimentgeladen aufgriffen. Deutlich wird dies in folgendem Vorschlag: *„Durch alle Ämter weist die Stadt einen relativ hohen Krankenstand auf. Begünstigt durch die 3-Tage-Regel, d.h. bis 3 Tage meldet sich jeder nach Gutdünken krank, was auch scharmlos (sic!) durch alle Ämter ausgenutzt wird. Erst am 3. Tag wird der gelbe Schein benötigt. Abschaffung der Regel --> gelber Schein vom 1. Tag --> Einsparung bis zu ca. 15 Stellen und Gerechtigkeit gegenüber ehrlichen Mitarbeitern.“* Da lacht das Arbeitgeberherz, aber in Frage gestellt wird hier schlicht und einfach der § 5 des Entgeltfortzahlungsgesetzes.

Auch ein Vorschlag zur Verschlechterung des ÖPNV ist von dieser Logik getragen: *„Nach meiner Beobachtung sind die Busse der CeBus lediglich zu den Hauptverkehrszeiten an Schultagen tatsächlich ausgelastet. Außerhalb dieser Zeiten wird häufig viel »heiße Luft« durch die Stadt und den Landkreis gefahren. Zu Lasten des Haushalts UND der Umwelt. Im Zusammenwirken mit dem Landkreis sollte der ÖPNV im Stadtbereich Celle in den Ferienzeiten auf ein ausschließliches ALF-System (»Anruf-Linien-Fahrten«)[...] umgestellt werden.“* Aufgefordert zum »Sparen« bleibt kein Raum für Vorschläge zur Verbesserung des ÖPNV, sondern nur zu dessen faktischer Abschaffung. Eine Logik, die Landrat Wiswe gefallen dürfte.

Selbstverständlich gibt es auch einen Haufen sehr

schöner Vorschläge. Etliche zielen auf Effektivierungen beim Energieverbrauch (Straßenlaternen, Ampelschaltungen, Dienstfahrzeuge etc.), und gelegentlich taucht auch mal eine qualitative Idee auf: *„Nach Prüfung von geeigneten Standorten > Ersetzen von Zierbepflanzung durch Nutzpflanzen (Obst, Gemüse, Kräuter, etc.), die für alle Bürger zur Ernte freigegeben sind. Kosteneinsparung (Pflege, Anschaffung) auf Stadtseite und dankbare Menschen, die sich bestimmt gerne an den Früchten bedienen. Die Stadt Andernach macht's vor. Befürchteter Vandalismus ist übrigens ausgeblieben.“* Da haben wir doch gleich dreimal mit 5 Punkten gevotet. Ebenso wie bei dem Vorschlag, *„das gesamte Stadtgebiet von Celle zur 30 km/h Zone“* zu erklären.

Dass der Bürgerhaushalt von Gegner\_innen der Großprojekte genutzt werden würde, war zu erwarten. So steht ganz oben auf der Streichliste das »Nordwall-Projekt«. Mehrere Vorschläge dazu erhielten gleichzeitig jeweils die deutlichste Zustimmung. Aber: Niemand in Rat und Verwaltung wird's interessieren. Und – auf dieser Ebene – zu Recht. Das Internetportal zum Bürgerhaushalt ist vom Gebrauchswert her die 829 Euro nicht wert, die es gekostet hat. Warum? Zu jedem Vorschlag besteht die Möglichkeit, eine Bewertung abzugeben von *„Finde ich sehr gut. - Bitte umsetzen“* über *„Finde ich eine gute Idee“*, *„Finde ich interessant, aber nachrangig“*, *„Dabei habe ich Bedenken“* bis zu *„Finde ich nicht gut. - Bitte nicht umsetzen“*. Netter Ansatz, aber völlig wertlos, da jede\_r beliebig oft eine Bewertung abgeben kann.

Fazit: So wird das nichts. Wer mehr will als eine Scheinveranstaltung, muss deutlich mehr an Zeit und leider auch an Geld investieren. Wer Partizipation will, muss neben einem Vorschlagsportal andere Instrumente einsetzen, z.B. eine repräsentative Umfrage zu Prioritäten der Haushaltsführung – und es gehört auch eine face-to-face-Kommunikation in Form eines Workshops dazu. Entsprechende Beispiele haben wir in der letzten revista vorgestellt.

## ... und alle schauen weg??

Alle? Nein! Auf der Internetseite »Indymedia - Plattform für unabhängige Berichterstattung« (<http://de.indymedia.org/2012/08/334300.shtml>) wurde kurz vor dem einjährigen Bestehen des Tattoo-Ladens in der Hannoverschen Straße ein Artikel mit dem Titel „Neonazi-Tattooshop in Celle“ veröffentlicht. Dort wird ausführlich auf die beiden Betreiber\_innen des Ladens eingegangen. Daraufhin hat das Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus eine Presseerklärung dazu veröffentlicht und u.a. seine Sorge darüber geäußert, dass sich dieser Laden in unmittelbarer Nähe zum KAV-Gymnasium befindet. Aber sonst? In der CZ war erst etwas zu lesen, als die Betreiber des Ladens sich per Email an das Forum wandten, um eine Unterlassungserklärung zu erwirken und die Angelegenheit so „spannend“ zu werden schien. Von Politik und Verwaltung war bisher auch noch nichts hörbar zu vernehmen. Der Verfassungsschutz ist „untergetaucht“ – zu einer Radioaufzeichnung zum Thema „Allein gegen Rechts“ am 20.09.2012 in Unterlüß war ein\_e Vertreter\_in der Behörde eingeladen, hat aber abgesagt. So konnte man dort auch nicht nachbohren. Aus der Lehrer\_innen-Szene ist sogar zu hören, dass sie davon noch nichts gehört hätten. Lediglich die Polizei scheint durch ihre Jalousien hin und wieder zu ihren beinahe Nachbarn rüber zu linsen. „Die Celler Polizei teilte auf CZ-Anfrage mit, dass der Tattooshop beobachtet werde.“ (CZ, 20.09.2012)

### Janice Kaufmann und die Döötschen Deerns

Am 3.9.2011 eröffneten Janice Kaufmann und Christian Heidel einen Tattoo-Shop in der Hannoverschen Straße. In Celle ist der Name Janice Kaufmann nicht unbekannt. Im November 2006 feierte sie in einer Kneipe in der Celler Innenstadt mit Gesinnungsgenossen ihren 25. Geburtstag. Mit 20-30 „Kameraden“ veranstaltete sie in der Nacht eine Hetzjagd auf Kurden, nachdem sie einen Streit anzettelte und einen Kurden als „Kanaken“ beschimpfte (sh. revista 39). Knapp einen Monat später nahm sie an der Nazidemo in Celle teil; sie lief direkt hinter dem Transparent der Celler Nazis „Nationaler Widerstand Celle“. Im Februar 2008 trug sie in Hildesheim das Transparent der „Gemeinschaft Deutscher Frauen“ bei einer Nazidemo unter dem Motto „Gegen Repression und Polizeiwillkür“. Im Jahr 2008 trug sie bei der 1. Mai-Nazidemo in Hamburg das Transparent der „Döötschen Deerns“; am Rande dieses Naziaufmarsches beteiligte sich Dennis Bührig, der damalige Freund von Kaufmann, an Übergriffen auf Journalisten. Keine zwei Wochen vorher wurde Kaufmann wegen der Jagd auf Kurden in Celle zu einer Geldstrafe wegen Beleidigung verurteilt, Bührig wurde zu einer Freiheitsstrafe von acht Monaten auf Bewährung verurteilt. Doch auch danach wurde sie bei Nazitreffen gese-

hen, so z.B. bei den Sonnwendfeiern auf Hof Nahtz 2011 und 2012.

Laut Recherche Nord handelt es sich „bei den »Döötschen Deerns« (...) um eine Gruppierung weiblicher Neonazis mit besten Verbindungen zur neonazistischen »Gemeinschaft Deutscher Frauen« (GDF).“ Die GDF wiederum „ist die älteste Organisation ihrer Art. Ihre Anhängerinnen zählen zum Inner Circle der elitären neonazistischen „Volksgemeinschaft“, einer angestrebten homogenen Gesellschaftsform, die an das „Dritte Reich“ angelehnt ist.“

Die heidnisch und rassistisch geprägte GDF agiert vor allem gegen Feminismus und Liberalismus. Aus den Reihen der Organisation wird vor „kulturfremden Menschen“ gewarnt. Kinderlose Frauen werden angeprangert, Frauenkameradschaft und eine so genannte biologische Verpflichtung zur Mutterschaft werden propagiert. Politische Arbeit im Vordergrund war für die GDF lange zweitrangig. Mit dem Eintritt jüngerer „Kameradinnen“ scheint sich eine Wandlung zu vollziehen.

Im Jahr 2008 entfalteten Mitglieder der „Döötschen Deerns“ neben einer regen Beteiligung an Aufmärschen im norddeutschen Raum vor allem Aktivitäten auf dem Anwesen des NPD Aktivisten Joachim Nahtz in Eschede. Auf völkisch-neonazistischen Veranstaltungen wie den „Erntedankfeste“ und „Sonnwendfeiern“ treten die „Döötschen Deerns“ als Mitorganisatoren in Erscheinung. Doch „Brauchtum“ ist nicht alles: Dieses Jahr haben sie mit eingeladen zu einem Treffen in Eschede am 6. April, bei dem nicht Brauchtum vorgeschoben wurde, sondern der Geburtstag von Joachim Nahtz. Der eigentliche Hintergrund jedoch war eine Solidaritätsveranstaltung für die am 13. März verhafteten 24 „Kameraden“ aus dem Umfeld des „Aktionsbüros Mittelrhein“. Für sie sollte in Eschede mit einer Versteigerung Geld gesammelt werden, also brachten fast alle „Kameraden“ Dinge wie Bücher, CDs oder Kleidung mit.

Ein Textbeitrag auf der Internetseite der „Döötschen Deerns“ zeigt sehr deutlich ihre Naziterminologie, indem z.B. die Einreise von Menschen mit einer „Naturkatastrophe“ gleichgesetzt wird; es wird Bezug genommen auf eine angebliche „Umerziehung“ der „Deutschen“ nach dem Zweiten Weltkrieg zu „Marionetten“ – nach Ansicht der Nazis durch Amerikaner oder wahlweise Israelis. Inhaltlich wird nicht argumentiert, sondern mit eben dieser Naziwortwahl an eine diffuse Angst vor „kriminellen Ausländern“ appelliert: „Eine wahre Kriminalitätsflut, von den östlichen Grenzgebieten ausgehend, rollt seit einigen Jahren auf uns zu und gleicht bald einer Tsunamiwelle. Doch die BRD-Marionetten fügen sich wo sie nur können um bloß nicht aufzufallen, in dem

gewollt anerzogenen Einheitsbrei. Bei ihrer bestrebten Anpassungsfähigkeit an jegliche Umstände, merken sie nicht einmal, dass ihre lächerlichen Bemühungen, ein Lauf gegen Windmühlen ist.“

Damit beschäftigt sich also die Szene, der die „Geschäftsfrau“ Janice Kaufmann nahe steht.

### Christian Heidel – „Dr. Hate“

Ihr Geschäftspartner Christian Heidel stellt sich auf der Internetseite des Tattooladens als „Dr. Hate“ vor. Er gibt als Referenzen die Studios Last Resort (Hildesheim) oder Bulletproof (Munster) an. Die CZ schreibt dazu: „H. gehört seit langem zur Neonazi-Szene in Hildesheim und Munster. ... H. hat ebenfalls an diversen Nazi-Aufmärschen teilgenommen.“ (CZ, 20.09.2012) Auf der Internetseite des Hildesheimer Bündnisses gegen Rechts ist dazu zu lesen: „Bereits seit 2007 wurde in mehreren Veröffentlichungen darauf hingewiesen, in welchem Spektrum sich der Inhaber und die Mitarbeiter\_innen des Hildesheimer Tattoo-Shops »Last Resort« bewegen. Darin wurden bereits die paramilitärischen Trainings und Scharfschützen-Übungen sowie die Verbindungen in die militante Neonazi-Szene thematisiert.“ Obwohl sich im Jahr 2009 der Inhaber von »Last Resort«, Johannes Knoch, bemühte, nach außen seine Distanz zu Neonazis zu beteuern, so war dennoch im Jahr 2010 in dem Artikel „Rocker rücken sich ins rechte Licht“ des Weserkuriers über die Verbindungen der Tattoo-Szene, der Hells Angels und der Neonaziszene u.a. folgendes zu lesen „Auch das Hildesheimer Studio »Last Resort« (»Letzte Zuflucht«) präsentiert sich bei den Rockern. Studiochef Johannes K. und »Bulletproof«-Manager Hannes F. kennen sich aus »Blood-and-Honour«-Tagen. (...) Bis heute machen sie offenbar gemeinsam Geschäfte, jedenfalls zeigen sie in ihren Läden in Munster und Hildesheim dieselben Tätowiermuster als »eigene Arbeiten«.“

Um zu erläutern, was »Blood & Honour« ist, zitieren

wir aus der Veröffentlichung von „Indymedia - Plattform für unabhängige Berichterstattung“:

„Blood & Honour (deutsch: Blut und Ehre) ist ein Netzwerk von neonazistischen Skinheads, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, Nazi-Bands miteinander zu koordinieren und die nationalsozialistische Ideologie in die Skinhead-Bewegung zu tragen. Seit der Gründung von Blood & Honour sind Personen aus diesem Umfeld besonders aktiv bei der zumeist konspirativen Organisation von Konzerten und bei der Herstellung und Verbreitung von Tonträgern mit neonazistischen Inhalten. Das Netzwerk wurde in den 1980er Jahren unter maßgeblicher Beteiligung von Ian Stuart Donaldson, dem Sänger der Rechtsrock-Band Skrewdriver gegründet. Blood and Honour hat einen 'bewaffneten Arm' der sich »Combat 18« nennt und vor allem in England und Skandinavien aktiv war, aber auch in Deutschland Anhänger hat. Im Jahr 2000 wurde Blood & Honour in Deutschland verboten. Die nach dem Verbot gegründete Organisation Honour & Pride kann als ein Versuch betrachtet werden, alte Strukturen aufrecht zu erhalten.“

Rechtsanwalt Marcus Bartscht, der die beiden „Geschäftleute“ Heidel und Kaufmann bei der Erwirkung der Unterlassungserklärung gegenüber dem Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus vertritt, wirft diesem u.a. vor, es werde zum Boykott des Tattooladens aufgerufen. So ist es nicht! Es heißt in der Pressemitteilung: „Wir bitten die Anwohner\_innen und Besucher\_innen wachsam zu sein. Vor allem bitten wir die Schüler\_innenvertretungen und Schulleitungen, mit den Schülern über Neonazis, deren Ansichten und Taktiken, zu sprechen, damit es nicht wieder heißt: „Wir haben ja gar nichts bemerkt“.“

Ein Boykottaufruf würde anders lauten – aber den wollen wir uns an dieser Stelle auch sparen ...





Abschieber Schünemann verbietet Neonazi-»Abschiebär«

## »Besseres Hannover« verboten

Am 25.09.2012 wurden mehrere Wohnungen von Leuten, die der Neonazigruppierung »Besseres Hannover« zugerechnet werden, in Hannover, Wathlingen, Hildesheim, Niedernwöhren, Obernkirchen, Hohenhameln und Verden durchsucht. Neben Computern, Zubehör und Handys stellten die Beamten u.a. eine Handgranate, eine Machete, Hieb- und Stichwaffen, eine Hakenkreuzfahne und jede Menge Propagandamaterial sicher, darunter auch Schilder und Plakate der NPD. Die Gruppierung wurde als Verein gewertet und nach Strafrecht (§ 129 StGB-Bildung einer kriminellen Vereinigung), als auch nach Vereinsgesetz verboten.

Die Behörden rechnen der Gruppierung 40 Neonazis zu, gegen 22 davon hat die Staatsanwaltschaft Ermittlungen eingeleitet. Der Verein richte sich auch gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung. »Besseres Hannover« bekenne sich klar zum Nationalsozialismus, versuche die Fundamente unseres demokratischen Rechtsstaates zu unterhöhlen und vertrete eine mit dem Grundgesetz unvereinbare Rassenlehre, so Innenminister Schünemann in seiner Stellungnahme am 26. September. Weiter führte er aus, dass *„unmittelbar nach Bekanntwerden der Taten des NSU und der Verbindungen dieser Gruppe zu dem niedersächsischen Rechtsextremisten Holger G., (...) die Verfassungsschutzbehörde sowie das Landeskriminalamt (...) eine umfangreiche Aktenrecherche zu dieser Person und weiteren Personen im Zusammenhang mit dem NSU durchgeführt (haben). Danach ist bekannt, dass der Beschuldigte Holger G. seit seinem Umzug im Jahr 1997 nach Niedersachsen Kontakte zur rechtsextremistischen Szene in und um Hannover hatte. Dazu gehörten auch Kontakte zu Marc-Oliver M. und Denny S., beide Protagonisten der nunmehr verbotenen Vereinigung „Besseres Hannover“.*“ Außer persönlichen Kontakten lässt sich Mitgliedern von »Besseres Hannover« (noch?) nicht mehr Nähe zum NSU, wie z.B. Kenntnisse über die Taten des NSU nachweisen.

Die Gruppe war etwa seit 2008 aktiv, auf ihr Konto gehen allerhand Schandtaten. Am bekanntesten ist sicherlich die Aktion mit dem »Abschiebär«, der im Dezember 2011 als Werbefigur eingeführt wurde. In dem ersten Video war eine Person im Bärenkostüm und mit einem T-Shirt mit der Aufschrift »Abschiebär« zu sehen, wie sie vor einem Hannoveraner Döner-Imbiss den Hitlergruß zeigt. Mit einer anonymen Mail erhielt Niedersachsens Sozialministerin Aygül Özkan einen Link zu dem Video, verschickt haben soll sie Marc-Oliver Matuszewski, ehem. Vorsitzender der NPD Hannover und führendes Mitglied von »Besseres Hannover«. Direkt nach dem Verbot war auf der Homepage, die seit dem Vereinsverbot nicht weiter betrieben werden darf, dennoch ein Video der Neonazi-Gruppe veröffentlicht, in dem sich der sogenannte »Abschiebär« über das Innen-

ministerium und die Polizei lustig macht. Der »Kamerad« im Kostüm des rassistischen Maskottchens hält dabei ein Schild: »§ 129 Stopp« – ein Verweis auf die Ermittlungen gegen die Neonazis. „Wenn der Verbote zu viele sind, so werden sie nicht mehr beachtet“, wird zum Ende des Internetfilms eingeblendet.

Erst wenige Tage vor dem Verbot hatten Mitglieder des Vereins im Büro der SPD-Landtagskandidatin Doris Schröder-Köpf ihre Schülerzeitung »Der Bock« vorbeigebracht. Zuvor hatten sie angerufen, aber nur gesagt, dass sie eine Schülerzeitung auslegen wollten. Seit 2010 erschien »Der Bock« regelmäßig. Schon in der ersten Ausgabe hieß es: *„Die westlichen Werte gehen uns am Arsch vorbei. Ausländerintegration heißt bei uns Rückführung.“* Die Scheiben des Büros von Schröder-Köpf wurden vor der Aktion mehrmals eingeworfen. Die Zeitschrift wurde auch in Celle verteilt. Da sie gleich mitverboten wurde, bleiben die Celler Schüler\_innen wohl vor der fünften und letzten Ausgabe verschont.

Am 10. August 2012 griffen BH-Mitglieder einen antifaschistischen Infostand mitten in Hannover an, einer zog ein Messer. Am selben Abend stach er im nahen Barsinghausen auf eine jugendliche Antifa-Aktivistin ein. - Seit 2008 zählte das Innenministerium 23 Straftaten von Personen, die sie dem Verein zuordnen.



Dass die Celler Neonazisszene mit der Gruppierung »Besseres Hannover« verbandelt ist, wurde am 01. Mai diesen Jahres deutlich. Der Celler »Chef-Kamerad«, Dennis Bührig, hat gemeinsam mit den »Chefs« von BH versucht die DGB Kundgebung zu stören. (sh. revista Nr. 60) Die letztlich verbotene Nazidemo am 1. Mai 2009 in Hannover wurde von Bührig angemeldet, zweiter Anmelder war Marc-Oliver Matuszewski. Ebenfalls 2009, nämlich am 31.07. waren Bührig und Matuszewski zusammen bei der Hausbesetzung in Gerhus (Faßberg), wo Jürgen Rieger das alte Hotel kaufen und zu einem Schulungszentrum umbauen wollte.

Foto: Matuszewski und Bührig bei der Besetzung in Gerhus am 31.07.2009



## In Selbstverliebtheit verfallen

Neues von Johannes Kneifel. Bekannt ist ja schon, dass er ein Buch im September 2012 veröffentlicht hat. Aktuell strebt er ein Wiederaufnahmeverfahren an: Angeblich sollen die Ärzte, die Peter Deutschmann behandelt hatten, einen Fehler gemacht haben. Dazu soll sich nach der Fernsehsendung »Vom Mörder zum Pastor« im Januar 2012 ein Zeuge gemeldet haben. Gibt es diesen mysteriösen Zeugen, der behauptet, dass die Verletzungen Peter Deutschmanns nicht tödlich gewesen wären? Deutschmann sei demnach gestorben, weil er im Krankenhaus zu spät behandelt wurde. Seitdem klammert sich Johannes Kneifel an die Hoffnung, er sei vielleicht nicht allein für den dessen Tod verantwortlich.

Schon merkwürdig, dass die Bekanntgabe des angeblichen Zeugen und dass Johannes Kneifel eine Wiederaufnahme des Verfahrens anstrebt, exakt zusammenfällt mit der Veröffentlichung seines Buches »Vom Saulus zum Paulus«. Sollten hier PR-Gründe die tragende Rolle gespielt haben?

Was geschah am 9. August 1999? Peter Deutschmann hatte die Skinheads Johannes Kneifel und Marco Siedbürger wegen der ausländerfeindlichen Parolen kritisiert und wurde dafür umgebracht. Er war den ausländerfeindlichen Sprüchen stets verbal entgegengetreten, also gewaltfrei, und trug ein silberfarbenes Kreuz um den Hals.

Der Tathergang: Der damals 17-jährige Kneifel hat mit Marco Siedbürger in Eschede Peter Deutschmann überfallen. Die beiden Neonazis sind gewaltsam in die Wohnung eingedrungen, zerrten Peter Deutschmann aus dem Bett und schlugen ihn sofort nieder. Am Boden liegend trat Kneifel mit seinen stahlkappenbewehrten Springerstiefeln auf ihn ein und zertrümmerte Deutschmanns Kehlkopf. Sie traktierten ihr wehrloses Opfer weiter mit Glasscherben. *„Das Blut war bis zu 1,80 Meter Höhe an die Wände gespritzt“*, berichtete vor Gericht ein Polizeibeamter. Stark blutend und mit zertrümmertem Kehlkopf ließen sie ihr Opfer zurück und zerstörten das Telefon, um zu verhindern, dass er Hilfe holen konnte. Vor Gericht berichten sie, dass sie dann seelenruhig nach Hause gegangen sind und sich schlafen gelegt haben.

Durch Deutschmanns verzweifelte Hilferufe wurden Nachbarn aufmerksam und alarmierten die Polizei. *„Der Mann ist jämmerlich gestorben, er hat 3 ½ Stunden lang bis zu seinem Koma in Todesangst nach Luft gerungen“*, so Staatsanwältin Marianne Neuhaus-Kleinicke im Prozess. Peter Deutschmann erlag seinen schweren Verletzungen 24 Stunden später. Der Gerichtsmediziner zählte 22 Verletzungen.

Immer wieder geht es Johannes Kneifel darum, sich „rein zu waschen“ und in vielen Beiträgen wird von ihm stereotyp wiederholt *„Ich habe eine zweite Chance erhalten. Jeder sollte eine zweite Chance haben“*. *„Wirklich jeder, wirklich jeder hat eine zweite Chance verdient“*, so wie er. Dabei scheint er jedoch nicht zu realisieren, dass Peter Deutschmann keine zweite Chance hatte. Er ist tot. Und davon kann sich Kneifel nicht reinwaschen. Er trägt die Schuld daran.

In der TV-Sendung »Nachtcafé SWR« (21.09.2012) konnten wir das erste Mal, nachdem über dreizehn Jahre vergangen sind, feststellen, dass Johannes Kneifel Worte für das Opfer

findet: *„Er war eigentlich jemand der Zivilcourage hatte. Jemand, der meinen Kumpel angesprochen hat auf seine rechte Einstellung und ihn davon abbringen wollte, eigentlich also eine sehr positive Einstellung hatte“*. Und auch in einem Beitrag der »Deutschen Welle« (September 2012) äußerte sich Johannes Kneifel zum Opfer: *„Er war nunmal ein Mensch, der eigentlich eben nicht [sich] damit zufrieden gegeben hat, dass Jugendliche dort rechtsradikale Parolen verbreitet haben, und der sie darauf angesprochen hat.“* Die Aussagen von Johannes Kneifel erfolgen mit einer riesigen Distanz zum Opfer, als wenn er gar nicht der Täter sei.

Ein aufrichtiges Bereuen und eine aufrichtige Auseinandersetzung mit der Tat dürfte eher dazu führen, dass sich der Täter gegen das Vergessen von Opfern rechter Gewalt einsetzt und alle Einnahmen aus der Buchveröffentlichung, den Talk-Shows und Interviews etc. dafür zur Verfügung stellt— an erster Stelle dabei sollte die Tötung von Peter Deutschmann stehen, für den schon seit Jahren ein Gedenkstein im öffentlichen Raum in Eschede gefordert wird.

In der Sendung »Nachtcafé« auf sein Buch angesprochen, reagiert er voller Stolz, und er macht auch sonst keinen Hehl daraus, *„dass er sich von dem Verkauf gutes Geld erhofft. Es sei ja schließlich eine gute Geschichte“*. (sueddeutsche.de, 21.09.2012)

So abscheulich, wie die Tat gewesen ist – mit Springerstiefeln auf Peter Deutschmann einzutreten –, so abscheulich ist es, mit dem Blut an den Händen Geld zu verdienen. Die Springerstiefel hat er immer noch nicht abgelegt und tritt so auf die Opfer rechter Gewalt weiterhin ein. Es kommt einer Verhöhnung der Opfer gleich.

Auch eine Wiederaufnahme des Verfahrens ändert nichts, aber auch gar nichts an der Schuld von Johannes Kneifel. Er trägt die Schuld am Tod von Peter Deutschmann. Er hat die Tat begangen, er ist gewaltsam in das Haus von Peter Deutschmann eingedrungen, er kann sich von dieser abscheulichen Tat nicht reinwaschen. Dafür trägt er in Ewigkeit die Schuld. Kneifel sagt jedoch seit Auftauchen des mysteriösen Zeugen: *„Nach derzeitigem Stand kann ich nicht mehr davon ausgehen, dass ich ein Menschenleben auf dem Gewissen habe.“* (Spiegel-online, 18.09.2012)

Auch seine Aussage in der Sendung »Nachtcafé« gibt zu denken: *„[...] eigentlich erst, als die Situation wirklich aussichtslos war innerhalb des Justizsystems, als ja wirklich absehbar war, dass ich nicht nur meine Jugendstrafe absitzen müsse, sondern danach noch einige Jahre in Haft bleiben müsste, dann habe ich im Gottesdienst zum ersten mal gemerkt, dass nicht nur Menschen zu mir sprechen, nicht nur ein Pastor spricht, sondern durch die Worte des Pastors Gott zu mir gesprochen hat und das war so eine Sache“*. Ist dieser Wandel vom „Saulus zum Paulus“ überzeugend? Es bleibt: Die Schuld ist für immer da – davon kann sich kein Mensch reinwaschen. Es ist ein Mensch gestorben. Johannes Kneifel ist und bleibt für den Tod von Peter Deutschmann verantwortlich.

Kann man nur hoffen, dass sich das Schäflein nicht als Schaf im Wolfspelz entpuppt.

Scooter



## Mietwertspiegel in Frage gestellt

17.08. Das Sozialgericht Dessau-Roßlau hat in einer Entscheidung (v. 17.08.2012 - S 11 AS 2430/11) den Mietwertspiegel des Landkreises Wittenberg, erstellt durch die Hamburger Firma „Analyse & Konzepte“, zerpfückt und stattdessen die Höchstwerte nach der Wohngeldtabelle als maßgeblich angesehen. Bekanntlich gibt es auch im Landkreis Celle einen andauernden Streit um dessen Mietwertspiegel. Dieser ist – wie im Fall Wittenberg von der Hamburger Firma »Analyse & Konzepte« erstellt worden, die überall mit denselben Kriterien seit 2008 in über 25 Kreisen und Städten entsprechende Erhebungen zu den »Kosten der Unterkunft« durchgeführt und Angemessenheitsgrenzen entwickelt hat. Die Kritik des Sozialgerichts dürfte somit auch für Celle gelten. Die Kammer kam zu der Auffassung, dass die erhobenen Daten nicht dazu geeignet sind, die Mietverhältnisse zuverlässig abzubilden, weil - wie das Bundessozialgericht verlangt - hierfür die Datenbasis auf mindestens 10 % des regional in Betracht zu ziehenden Mietwohnungsbestandes beruhen muss. Auch sei die reine Erhebung von Bestandsmieten nach Auffassung der Kammer nicht geeignet, den Markt für Neuvermietungen zutreffend abzubilden.

## Fliegende Botschafter

31.08. Künftig wird ein neuer Airbus A321-200 der Lufthansa den Namen »Celle« tragen. Der Airbus soll auf längeren Europastrecken sowie nach Nordafrika und Nahost eingesetzt werden. Obwohl sich »alle« darüber freuen sollen, weisen wir darauf hin, dass „Celles fliegende Botschafter“ vor allem für die klimaschädlichste Art der Mobilität

wirbt. Die Klimawirksamkeit des Flugverkehrs fällt weltweit so hoch aus wie die des gesamten Pkw-Verkehrs, Tendenz steigend.

## Kernkompetenzen

31.08. Das Innenministerium teilte als Kommunalaufsichtsbehörde auf die Ratsbeschlüsse zur vom Oberbürgermeister angestrebten Veränderung der Dezernatszuschnitte mit, dass der Rat sich einerseits „in unzulässiger Weise der Form eines Vorbehaltsbeschlusses“ bedient hat, andererseits aber die vom Oberbürgermeister geplanten Organisationsänderungen in Teilen nicht durch den Richtlinienbeschluss des Rates aus dem Jahr 2009 gedeckt sind. Beanstandet wurde, dass der Bereich »Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing« aus dem Dezernat I (Susanne Schmitt) herausgelöst und dem Dezernat des Oberbürgermeisters zugeordnet werden sollte. Aus dem Dezernat III (Matthias Hardinghaus) sollten die Fachdienste »Sport« in das Dezernat II (Stefan Kassel) sowie »Hochbau und Gebäudewirtschaft« in das Dezernat I verlagert werden; dies wurde durch die Kommunalaufsicht nicht beanstandet. Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende warf dem Innenministerium gegenüber der CZ „politische Absicht“ vor.



Die Linke/BSG sieht sich dagegen in ihrem Anliegen und ihrer Auffassung bestätigt: „Der Rat bestimmt im Kern über den Zuschnitt der Dezernate. Daran kann ein Oberbürgermeister auch mit seiner Geschäftsverteilungshoheit nicht rütteln. In zentralen Punkten muss er sich deshalb die Zustimmung des Rates holen, d.h. es müsste ein Beschluss über die Änderung der Kernkompetenzen der Dezernate her (sprich eine Änderung der Richtlinie aus dem Jahr 2009). Dass jetzt "Sport" und "Hochbau/Gebäudeverwaltung" nicht zu den Kernkompetenzen der jeweiligen Dezernate gerechnet wer-

den, hat schlicht und einfach damit zu tun, dass die Richtlinie von 2009 dies nicht explizit ausführt. Warum war uns diese Angelegenheit so wichtig, dass wir gemeinsam mit CDU, WG, FDP und Unabhängigen reagiert haben? Uns geht's dabei vor allem ums Prinzip. Um dies deutlich zu machen, ein Beispiel: Angenommen, es gäbe im Rat eine Mehrheit für eine engagierte Umwelt- und Klimapolitik; dies setzt er um in einem entsprechenden Dezernatszuschnitt und es wird eine ausgesprochene engagierte Dezernatschefin gewählt. Da darf es dann eben nicht sein, dass ein Oberbürgermeister aus seiner Geschäftsverteilungshoheit heraus ihr das Kompetenzfeld "Klima" wegnimmt und einem in Betonkategorien denkenden Baudezernenten zuordnet. Das würde massiv in die Rechte des Rates eingreifen. Jetzt ist für alle klar, dass es so nicht geht, sondern dass man dafür Rats-Mehrheiten organisieren müsste.“

## Unausrottbare Legenden

01.09. Zum 100. Geburtstag der ITAG berichtete die CZ. Die Leser\_innen erfuhren so interessante Details wie, dass die ITAG den Turm für die Olympischen Spiele 1936 in Berlin zur Verfügung stellte und der Celler Betrieb in April 1945 durch den Bombenangriff weitgehend zerstört wurde. Die Geschäfte, die die ITAG in eben jener Zeit im von den Nazis eroberten Balkan-Ländern machte, bleiben ebenso unerwähnt wie die massenhafte Ausbeutung von Zwangsarbeiter\_innen. Oberbürgermeister Mende setzte in seiner Festrede in gewisser Weise noch einen drauf. Der Gründer Hermann von Rautenkrantz habe durch seine Umsicht im April 1945 maßgeblich dazu beigetragen, dass Celle nicht durch kriegerische Handlungen zerstört wurde: „Er war es, der nach meinen Kenntnissen, engagiert und sicher nicht ohne Risiko, den zuständigen Kommandanten der Wehrmacht, der eigentlich den Befehl hatte, jede Stadt zu halten und zu verteidigen, überzeugen konnte, Celle eben nicht wie befohlen zu verteidigen, sondern sich den Alliierten zu ergeben.“ Der Historiker Bernhard Strebel hat in seiner Studie über »Straßennamen und ihre personelle Verbindung zum Nationalsozialismus« genau dies als Legende widerlegt und einige eher »unangenehme« Aspekte zur Biografie des NSDAP-Mitglieds und Wehrwirtschaftsführers von Rautenkrantz zu Tage gefördert. Diese blieben unerwähnt. Warum, das macht vielleicht diese Redepassage des

Oberbürgermeisters deutlich: „[...] *wegen einem bedeutenden städtischen Gewerbesteueraufkommen ist die wirtschaftliche, gesellschaftliche sowie nachhaltige Bedeutung der ITAG für die Stadt Celle aktuell und in der Vergangenheit ausdrücklich hervorzuheben.*“ Soviel zum Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Gewerbesteuer.

## Fracking

04.09. Beim Festakt zum 100-jährigen Bestehen der ITAG warb Jörg Bode (FDP), Wirtschaftsminister aus Hambühren, für die »Fracking«-Methode zur Erschließung von Tonschiefergasvorkommen in Norddeutschland. Die ITAG ist einer der großen nationalen »Player« auf diesem Feld. Die Gefahren (siehe revista 58) redete er – laut CZ - klein: „*Die Behörden sorgen dafür, dass der Umwelt und den Menschen nichts passiert, was sich technisch ausschließen lässt.*“ – Wie es in Bhopal, Seveso, Tschernobyl und Fukushima auch so gut geklappt hat?

## Gegen Greening

05.09. Beim »5. Hohner Agrartag« referierte Nds. Landwirtschaftsminister Gert Lindemann vor rund 100 Landwirt\_innen, Er wandte sich gegen die Greening-Vorschläge von EU-Agrar-Kommissar Dacian Ciolos. Sein Plan: Ein Teil der Direktzahlungen soll künftig an die Erfüllung bestimmter Auflagen gekoppelt sein. Die volle Prämie sollen nur Landwirt\_innen erhalten, die sieben Prozent ihrer Äcker und Wiesen als ökologische Ausgleichsflächen ausweisen können. Dort sollen dann statt Ackerfrüchten Hecken, Feld- und Wiesenraine stehen. Nach Lindemann würde dies bundesweit zu einer Stilllegung von 840.000 Hektar führen. Seiner Auffassung nach müsse es „*möglich sein, auf den vorgesehenen Flächen marktgängige Produkte wie Eiweißpflanzen oder nachhaltige nachwachsende Rohstoffe anzubauen.*“ (CZ, 7.9.2012) (Umweltorganisationen wie z.B. BirdLife Europa fordern dagegen anstatt der vorgesehenen 7 % ökologischen Ausgleichsflächen 10 %, sowie eine Ausdehnung der Fruchtfolge auf vier Arten.) Sein Herz für agrarindustrielle Produktion zeigte der Minister auch beim Thema Massentierhaltung: Die Landwirte müssten nicht befürchten, dass sich mit der geplanten Änderung des Bundesbaugesetzes das privilegierte Bauen im Außenbereich für sie ändere. Die geplante Bauleitplanung der Gemeinden für Massentieranlagen würden nur anstelle des öf-

fentlichen Protests Raum schaffen für eine „geordnete Diskussion“.

## Rheinmetall

10.09. Der Rüstungskonzern Rheinmetall bestätigt, zahlreiche Stellen an den Standort Unterlüß verlagern zu wollen - auf Kosten der Standorte Kiel, Kassel und Gersthofen in Bayern. Nach Informationen der IG Metall sollen 140 der insgesamt 410 Mitarbeiter aus Kassel ein Angebot bekommen, in Unterlüß weiterzuarbeiten. Am Produktionsstandort Kiel könnten mehr als 320 Stellen abgebaut werden.

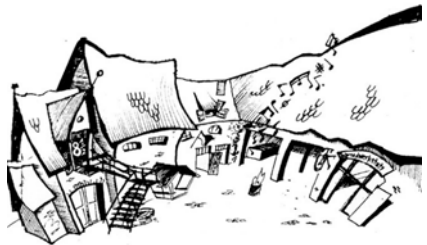
## Grips in den Pumps

11.09. „*Mit Grips in die Pumps*“ lautet das Motto der Frauenakademie. Schon diese Losung lässt Zweifel daran aufkommen, ob tatsächlich »Grips« im Spiel ist. Aber diese Zweifel verschwinden angesichts des Titels der Auftaktveranstaltung: „*Den Engeln lauschen*“. Dabei werden die Fragen diskutiert, „*wann Engel einem im Leben begegnen und wie man (sic!) sie spürt.*“ (CZ, 06.09.2012) Wir halten das – ganz im Ernst – für einen Tatbestand von Frauenthemen und einen Fall für die Gleichstellungsbeauftragte, sind aber gleichzeitig nicht gänzlich humorlos und bieten uns hiermit an, im nächsten Semester eine Veranstaltung mit dem Titel „*Blondinenwitze verstehen*“ durchzuführen.



## Emmy für Mannewitz

15.09. Tobias Mannewitz gewinnt in der Sparte »Outstanding Special Visual Effects« den bedeutenden US-Fernsehpreis EMMY, und zwar als Vi-



sual Effects Concept Artist für die US-Fantasy-Serie »Game of Thrones«. Bei Concept Art handelt es sich um Illustrationen, die im Vorfeld einer Filmproduktion bestimmte Dinge wie Landschaften, Gebäude, im Fantasybereich aber auch z.B. Tiere oder Schwerter visuell veranschaulichen sollen. Warum berichten wir das? Mannewitz, heute 33 Jahre alt, hat als Schüler am HBG (?) ganz witzige Cartoons gezeichnet; in einem taucht – zur Erinnerung – diese »Ansicht« vom Bunten Haus auf.

## WirfürCelle.de

16.09. Mit gut 40 Mitgliedern gründet sich der Verein „WirfürCelle.de“, Ziel des Vereins ist es, sich in die städtebaulichen Diskussionen in der Stadt einzumischen, wobei ganz oben auf der Tagesordnung die »Nordwall«-Planungen stehen. Zur Vorsitzenden wurde Susanne Hilgenberg gewählt, zu ihrem Stellvertreter Lutz Hahlbrock. Der öffentliche Startschuss allerdings geriet zum Rohrkrepiere; Hahlbrock brachte gegenüber der CZ den Gedanken ins Spiel, die Fahrtrichtung im Nordwall umzukehren und den Gegenverkehr über die Schuhstraße zu leiten und sorgte damit für Verwirrung. Es sei ein Scherz gewesen und „*kein ernstgemeinter Alternativvorschlag*“, korrigierte sich der Verein gegenüber der CZ.

## Vom Paulus zum Saulus

18.09. Auf SPIEGEL ONLINE erscheint ein Artikel „Vom Nazi zum Pastor - Die Verwandlung des Johannes Kneifel“. Die bekannte „Vom Saulus zum Paulus“-Geschichte erfährt hier eine neue Volte: Johannes Kneifel hatte 1999 in Eschede gemeinsam mit seinem Neonazi-Kumpel Marco Siedbürger Peter Deutschmann so schwer verletzt, dass dieser starb. Er wurde wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu fünf Jahren Jugendhaft verurteilt. Nun überlegt er, ein Wiederaufnahmeverfahren zu beantragen. Warum? „Im Frühjahr wurde eine TV-Dokumentation über seine Geschichte ausgestrahlt. Im Anschluss habe sich ein Mann bei ihm gemeldet, so Kneifel. Der Anrufer war nach eigenen Angaben Augenzeuge in jener verhängnisvollen Nacht im August 1999 - und er erzählte laut Kneifel eine ganz neue Version. Peter Deutschmann sei ansprechbar gewesen, als die Rettungssanitäter in seiner Wohnung eingetroffen seien. Er habe sich sogar selbst das Blut abgewaschen. Im Krankenhaus sei er dann mit einem Arzt derart in Streit geraten, dass der Mediziner ihn nicht behandelt habe. Die Prügelverletzungen seien, so behauptet der angebliche Zeuge, normalerweise nicht tödlich gewesen. Deutschmann sei gestorben, weil er zu spät behandelt worden sein soll.“ Er behauptet nicht, dass er unschuldig sei: „Aber vielleicht hätte ich nicht für fünf Jahre ins Gefängnis kommen dürfen.“ Ach so – der Artikel erscheint drei Tage bevor Kneifels Buch beim »Wunderlich«-Verlag erscheint. Ist zwar ein seriöser Verlag, aber wie unsere mit Großem Latinum ausgestatteten Redaktionsmitglieder sagen: Nomen est omen.

## Keine Auskunft

18.09. In der Sozialausschusssitzung unterrichtete die Verwaltung der Stadt Celle die Fraktion Die Linke/BSG darüber, dass sich der Landkreis Celle wei-

gert, der Stadt die von der Fraktion angeforderten Daten zum Bildungs- und Teilhabepaket mitzuteilen. Bekanntlich hat der Landkreis nur etwa ein Drittel der Bundesmittel direkt an die Leistungsberechtigten weitergegeben. Die einigermaßen merkwürdige Begründung lautete: Weil die Thematik in die alleinige Zuständigkeit des Landkreises falle, seien unsere Fragen „nicht vom Auskunftsrecht der Abgeordneten aus § 56 S. 2 NKomVG umfasst und also unzulässig.“ Dieses Recht beziehe sich nur auf die Angelegenheiten der Kommune (im eigenen und im übertragenen Wirkungskreis) selbst, nicht jedoch auch auf Angelegenheiten anderer Gebietskörperschaften. Dies ist selbstverständlich absurd. Schließlich hatte die Fraktion die Fragen nicht an die Landkreisverwaltung gerichtet, sondern an



die Stadt. Dass die Stadt sich so ohne weiteres gefallen lässt, dass der Landkreis ihr gegenüber keine Daten mitteilt, ist ebenso merkwürdig. Es scheint sich niemand dafür zu interessieren, warum das bundesweit mit großem öffentlichen Aufwand in Szene gesetzte Bildungs- und Teilhabepaket nicht bei denen ankommt, die darüber gefördert werden sollten. Behiye Uca hat die Anfrage jetzt direkt im Kreistag eingebracht. Ihr Kommentar: „Es ist nicht hinzunehmen, dass eine gemeinsame Suche nach einer effektiveren Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes verhindert wird, denn daran sollte doch eigentlich allen gelegen sein.“

## Entdeckerbus

19.09. Dass der »Entdeckerbus« nicht das Wohlgefallen des »Steuerzahlerbundes« findet, war eigentlich klar. Jetzt taucht er im so genannten Schwarzbuch »Die öffentliche Verschwendung 2012« auf. Die Kritik des Steuerzahlerbundes zielt vor allem darauf, dass im Jahr 2011 jede einzelne Fahrt mit rund 40 Euro gesponsert wurde: „Steuerverschwendung auf der Überholspur“. Legt mensch dieses Kriterium zu Grunde, können wir erwarten, dass der Steuerzahlerbund demnächst die Schließung sämtlicher Theater und

Opernhäuser in Deutschland fordert – denn mit 40 Euro Zuschuss Steuergeldern pro Ticket kommt nicht einmal das Celler Schlosstheater aus. Das wird nicht passieren, denn diese Steuergeschenke fließen an jene, die der Steuerzahlerbund vertritt: 60 % seiner Mitglieder sind Unternehmen oder gewerbliche Mittelständler, 15 % sind Freiberufliche, der Rest überwiegend leitende Angestellte. Diese Mitgliederzusammensetzung korrespondiert bestens mit der neoliberalen Programmatik. So sieht der Steuerzahlerbund eine Staatsquote (also Verhältnis der Staatsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt) von gut 30 % als erstrebenswert an – einen so geringen Wert weist kein EU-Mitgliedsland auf. Im Jahr 2011 lag die tatsächliche Staatsquote in Deutschland bei gut 45 %, und schon dieser Wert war sehr niedrig und konnte nur durch massive Ausgabenkürzungen in den öffentlichen Haushalten erzielt werden. – Die SPD-Kreistagsfraktion und ihr Chef Maximilian Schmidt fordert nach dem Steuerzahler-Schwarzbuch im übrigen das Ende des Entdeckerbusses; sie hätten das Projekt schon immer abgelehnt und finden das ganze sei eine „riesengroße Verschwendung“. Auch die Chefin der Grünen – Kreistagsfraktion, Annegret Pfützner sieht „Diskussionsbedarf“. Landrat Klaus Wiswe und die CDU-Kreistagsfraktion sehen für den Entdeckerbus bei weiterhin schlechten Zahlen keine Chance mehr.

## Bewältigungs-Blues

19.09. Über ihre Webpräsenz verkünden die Celler Neonazis das Erscheinen der #5 der Schülerzeitung »Bock«. Auf 16 Seiten widmen sie sich der Meinungsfreiheit und beklagen ihre Diskriminierung durch die „Systempresse“. Das Ganze mündet dann im Urteil, dass die deutsche Presse nicht „national“ sei (was nun das Einzige ist, woran wir wiederum keinen Zweifel haben). Daneben gibt's mal wieder ein bisschen Provokation und Rebellion; zwei Beispiele: In einer Art Glosse ist zu lesen: „Beim Bewältigungs-Blues heißen alle Tanzpartnerinnen Sarah und mit engtanzen ist auch wieder nix. In gebückter Haltung soll er zu überaus öder Musik so tun, als hätte er keine Füße!“ Ja, ja – die armen Deutschen, die immer gezwungen werden, sich mit den NS-Verbrechen auseinanderzusetzen. Wir kennen die Klage. In dieses Gejammer aber tatsächlich die Nazi-Perfidie einzuschmuggeln, wonach vom Januar 1939 an Jüdinnen und Juden in Deutschland



zusätzlich den Vornamen Israel oder Sara annehmen mussten, hat Chuzpe – und das ausschließlich im hebräischen Sinn des Begriffs (kurz: Es ist eine Frechheit.) Ähnlich eine Passage, in der sich die Neonazis zu Opfern stilisieren: „Naja, wenigstens fanden wir unser Ende nicht mit einem Kopfschuss in einem Wohnmobil.“ So liest sich eine bekennnishaft sympathische zur NSU-Mörderbande. – Viel verteilt werden konnte nicht; am 25.9. wurde der Herausgeber »Besseres Hannover« verboten.

## Es kreiselt

20.09. In der Sitzung des Ratsausschusses für Straßenbau und Verkehr gab Baurat Hardinghaus bekannt, dass der 2. Bauabschnitt des Äußeren Rings schon für 2013 in ein Förderprogramm des Landes aufgenommen wurde. Damit kann gebaut werden, und zwar ein Verkehrskreislauf auf dem Neumarkt, womit der Zugang zur Allerinsel verbessert werden soll. Mit Drumherum verschlingt das ganze 3,2 Millionen Euro; das Land trägt 60 %, bei der Stadt bleibt ein „Rest“ von 1,3 Mio. Euro. So spart sich Celle in die Schulden.

## Repair-Café

25.09. In der museumspädagogischen Werkstatt des Bomann-Museums wird ein »Repair-Café« eröffnet. Mit Unterstützung der Freiwilligenagentur Kellu soll hier versucht werden, kaputte Gegenstände und Geräte zu reparieren. Termine lassen sich über das Bomann-Museum erfragen.

## Nachhaltiges Celle

26.09. Alle teilnehmenden Betriebe haben in der zweiten Runde die Anforderungen zur Auszeichnung erfüllt und dürfen seitdem das Logo "Nachhaltiges Celle" führen. Bei dem Projekt handelt es sich um eine Kooperation zwischen der Stadt Celle und der Tourismus GmbH Celle und soll die praxisnahe Verankerung des Prinzips der Nachhaltigkeit in lokalen Betrieben fördern. In der zweiten Runde nahmen teil: SEMA AG Instandsetzung, DELTA plus Datensysteme GmbH, Schwindt Hydraulik, NAC GmbH, Eisermann's Grill & Gastronomiebetriebe, Fleischerei Bernd Zimmermann GmbH, Stadt Celle - Fachbereich Technische Dienste sowie VWS Deutschland GmbH Berkefeld. Leider werden auf der website [www.nachhaltiges-celle.de](http://www.nachhaltiges-celle.de) die einzelnen Projekte nicht vorgestellt – dass es sich zumeist um eher niedrigschwellige

Nachhaltigkeit handeln dürfte, zeigt aber eigentlich schon die Teilnahme von fleischverarbeitenden Betrieben, denen im Sinne starker Nachhaltigkeit kaum daran gelegen sein dürfte, weniger von ihren Produkten zu verkaufen.

## Schoeps vor Seitz

27.09. Neben der einvernehmlichen Erhöhung der Straßenreinigungsgebühr konnte sich der Stadtrat bei der Wahl einer/eines zweiten stellvertretenden Ratsvorsitzenden mal wieder der Mehrheitsverhältnisse versichern. Das »bürgerliche Lager« brachte mit Torsten Schoeps von der Wählergemeinschaft ihren Mann durch; die Kandidatin von SPD und Bündnisgrünen Susanne Seitz hatte das Nachsehen, obwohl auch die Linke/BSG für sie stimmte – deren Begründung war allerdings keine für Rot-Grün. Da mit Falkenhagen und Wilhelm zwei Männer Ratsvorsitzende sind, würden sie jetzt nur eine Frau wählen oder gar nicht.



## Eschede-Demo

29.09. Knapp 100 Teilnehmer\_innen hatte die Demonstration gegen das sogenannte Erntefest von Neonazis in Eschede. Nach Polizeiangaben nahmen rund 70 Neofaschisten an der Veranstaltung auf dem Hof Nahtz teil, darunter 15 Kinder. In einer Kundgebungsrede wurde erneut das Verhalten der Ordnungsbehörde, sprich Landkreis Celle, kritisiert: „Diese Gesellschaft und dieser Staat müssen sich entscheiden auf welcher Seite sie in diesem Konfliktfall stehen und das heißt konkret, nicht den Nazis den Weg freimachen, sondern die Menschen zu unterstützen, die sich denen entgegenstellen. Und das sind heute und an dieser Stelle nun mal wir. Die letzten unverzagten Mahner und Aktiven, die

*manchmal Kopf und Kragen riskieren und nur Beachtung finden, wenn dann mal wieder die Hütte brennt und Nazitaten die Unzulänglichkeiten ordnungspolitischen Handelns massiv sichtbar machen.“*

## Kellu knallt durch

06.10. Eine Gesellschaft von freiwilligen Helferlein – ein neoliberaler Traum, der in Celle Blüten reibt. Die städtische Freiwilligenagentur Kellu sucht über die CZ jetzt „Helfer im Krankenhaus“, „die Patienten auf die Station bringen, zu Untersuchungen begleiten ...“ Gibt's eigentlich dort keinen Betriebsrat mehr? Irgendwo ist doch mal Schluss mit lustig.

## Katastrophenschutz Grohnde

11.10. In der Kreistagssitzung beantwortet die Verwaltung die Anfrage von Behiye Uca (Die Linke) nach den Katastrophenschutzvorkehrungen im Fall einer Reaktorunfalls in Grohnde. Die Antwort ist relativ ausführlich und steht zum download unter [www.linke-bsg.de](http://www.linke-bsg.de). Konsequenzen aus dem Super-GAU in Fukushima in Form einer Überarbeitung der Bestimmungen, die Experten anmahnen, wurden nicht gezogen.

## Ex und Hopp

31.10. Kein gutes Händchen hat die Stadt mit ihren Personalentscheidungen – nach gut anderthalb Jahren geht die TSC-Eventmanagerin Daniela Hopp; auf eigenen Wunsch, wie es heißt. Besserwisserisch müssen wir mal wieder sagen: Wir hatten davor gewarnt, eine Frau einzustellen, für die Celle „keine Laterne sein [soll], die viele Motten anlocke, sondern ein strahlender Leuchtturm, der die richtigen Leute“ anziehe.



## Ab zum alten Eisen



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf links-(radikale) Laternen stehen in der Morgendämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

**Oma Lilo und die Dicke singen:** *“If I'd been out / Till quarter to three / Would you lock the door? / Will you still need me / Will you still feed me / When I'm sixty-four?”*

**Der lange Lulatsch:** Das waren noch Zeiten ... Rente mit 64.

**Oma Lilo:** Uns schmeißt man ja eh zum Alteisen, wenn's soweit ist.

**Der Besserwisser:** Und dann ab nach China, hoffentlich nicht eingeschmolzen.

**Der lange Lulatsch:** Nanana. Wir sind Kunst! Kultuuuuur. Für uns läuft doch eine ganz andere Uhr.

**Die Dicke:** Immerhin – beim Bürgerhaushalt gab's noch keinen Vorschlag, der uns „einsparen“ wollte. Obwohl: Verstehen könnte ich's.

**Oma Lilo:** Aber doch nur wegen der erbärmlichen Texte – für die wir nichts können.

**Die Dicke:** Wobei: Die Armutsarien, die von der Leyen und Gabriel singen, toppen unsere Celle-Prosa ja noch vor tiefender Ideologie.

**Oma Lilo:** In der Tat – jetzt entdecken sie eine „Armutsfalle“, die sie seit über 20 Jahren Schritt für Schritt herbeizaubern.

**Der Besserwisser:** Kleine Kuriosität am Rande: Eine Stunde bevor „die Mauer fiel“, wie hierzulande die Änderung der DDR-Reiseregung abgefeiert wird, beschloss die damalige CDU/FDP-Bundesregierung mit Zustimmung der SPD durch den Umstieg von brutto- zu netto-lohnbezogenen Rentenanpassungen defacto Kürzung, hob das Renteneintrittsalter für Frauen schrittweise auf 65 Jahre an und führte die Abschläge von 0,3 % pro Monat bei vorzeitigem Renteneintritt ein. Es war das erste Mal, dass sich im Rentensystem nichts verbesserte, sondern gekürzt wurde.

**Die Dicke:** Aber das war nichts im Vergleich zu der „*sprudelnden Ölquelle*“ – so der damalige AWD-Chef Maschmeyer, die Rot-Grün 2001 für die Versicherungswirtschaft angestochen hat. Die so genannte „marktgesteuerte Alterssicherung“ war nicht nur ein Programm zur Kürzung der Renten, sondern – und das nicht nebenbei, sondern gewollt – eine Anschubfinanzierung für Finanzmarkt und Börse.

**Klein Jonas:** Wie das denn?

**Der Besserwisser:** Man verabschiedete sich von der Lebensstandardsicherung als Ziel der gesetzlichen Altersrente ebenso wie von ihrer paritätischen Finanzierung durch so genannte Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Erster Zweck der Übung: Senkung der so genannten Lohnnebenkosten im Sinne der Verbesserung der Standortkonkurrenz. Zweiter Zweck: Die abhängig Beschäftigten sollten selbst zusehen, wie sie am Ende ihrer Tage noch die Butter aufs Brot kriegen, das nannte man: Einstieg in die private, staatlich geförderte Vorsorge – und das läuft seitdem unter dem Namen ihres Erfinders als „Riester-Rente“.

**Der lange Lulatsch:** Er kassiert ja jetzt seine Rendite als »Berater« des Unternehmens von Maschmeyer und Bert Rürup. Auch zuvor schon,

in seinen letzten Jahren als Bundestagsabgeordneter, hat Walter Riester mehrere tausend Euro Honorar vom AWD kassiert, wie er gegenüber der Bundestagsverwaltung selbst einräumen musste. Ach so – für die, die's nicht mehr wissen: Das SPD-Mitglied Rürup war unter Rot-Grün Vorsitzender der Sachverständigenkommission zur Neuordnung der Besteuerung von Altersvorsorgeaufwendungen und Alterseinkommen.

**Der Besserwisser:** Und neben diesen Herren ganz privat profitierte die Versicherungsbranche, die den Wählerinnen und Wählern dann ihre Riester-Produkte andrehen konnte und so Milliarden in den Finanzmarkt gespült wurden, den man nebenbei noch schön deregulierte.

**Die Dicke:** Parallel wurden Leistungskürzungen festgeschrieben, die Senkung des so genannten Rentenniveaus von 53 Prozent (1991), über 50 % heute auf nur noch 43 % vor Steuern im Jahr 2030. Das hat Rot-Grün mit Unterstützung von CDU/CSU und FDP vor 11 Jahren beschlossen. Eine gigantische Rentensenkung, und jetzt will es niemand gewesen sein.

**Der lange Lulatsch:** Sagt mal – 43 % von was eigentlich?

**Der Besserwisser:** Das Nettorentenniveau vor Steuern ist der Verhältniswert einer »Standardrente« mit 45 Entgeltpunkten (also 45 Jahren durchschnittlichem Verdienst) unter Abzug des durchschnittlichen Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrags zum Durchschnittsentgelt unter Abzug des durchschnittlichen Arbeitnehmeranteils zur Sozialversicherung und des durchschnittlichen Aufwands zur »Riester-Rente«.

**Der lange Lulatsch:** Das ist aber nix für die BILD.

**Oma Lilo:** Der DGB liefert ein seriöses Beispiel: Wäre das Rentenniveau des Jahres 2030 heute schon Realität, würde der »Eckrentner« mit Durchschnittsentgelt von aktuell 2.625 Euro brutto und 45 Beitragsjahren statt 1.263 Euro nur noch 1.086 Euro erhalten. Durchschnittsverdienende müssten dabei mindestens 33 Jahre ununterbrochen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sein, um eine Rente in der Höhe der Grundsicherung zu bekommen.

**Die Dicke:** Und die Vorschläge von Bundesministerin von der Leyen und SPD-Chef Gabriel ändern ja auch am Kern nichts, im Gegenteil: Alles läuft weiter auf die Fütterung der Versicherungswirtschaft hinaus, entweder durch obligatorisches „Riestern“ oder steuerfinanziert, d.h. am Ende auch im wesentlichen durch die abhängig Beschäftigten. Und das alles für eine „üppige“ Mindestrente von 850 Euro für all jene, die ihr Leben lang gebuckelt haben.

**Der Besserwisser:** Gegen das Klassenschicksal, dass der Lohn der Klasse für ein ganzes, das Alter einschließende Leben der Klasse nicht reicht, ist aus ihrer Sicht nur ein Gegenmittel erlaubt: Mehr individuelle Vorsorge! Denn eines geht aus ihrer Sicht wirklich nicht: Dass Leute die Rente als Klassenfrage angehen; und die Unbezahlbarkeit einer gescheiterten Altersversorgung als Lohnfrage.

**Klein Jonas:** Und DIE LINKE?

**Oma Lilo:** Sie will, dass sämtliche Kürzungen aus der Rentenformel gestrichen werden und die Anhebung des Renteneintrittsalters auf über 67 Jahre rückgängig machen. Ansonsten aber sind sie anspruchlos: „Kein Mensch soll im Alter weniger als 800 Euro aus der Rente oder Grundsicherung haben“, heißt es unter A-Z auf ihrer Website.

**Oma Lilo und Jonas** (stimmen – leicht verändert – einen TSS-Klassiker an): „Und wenn Po-li-ti-ker weinen / tut ihnen alles schrecklich leid. / Doch sie können's ja nicht ändern, / es ist halt 'ne harte Zeit.“





## War-Tech in der Heide

Auf der Internationalen Luftfahrtausstellung 2012 (ILA) in Berlin haben im September der Niedersächsische Wirtschaftsminister Jörg Bode, der Vorstandsvorsitzende des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR), Johan-Dietrich Wörner, sowie Michael Menking, Direktor Orbitalsysteme und Weltraumerforschung bei Astrium, und Andreas Rohne, Direktor für Antriebe und Equipment bei Astrium, ein »Memorandum of Understanding« zum Ausbau des Raumfahrtstandortes Trauen unterzeichnet. *„Mit dem Standort Trauen öffnen wir in Niedersachsen ein neues Kapitel in der Raumfahrt. Während am Forschungsflughafen Braunschweig eher die Anwenderseite im Vordergrund steht, können wir hier ein Testzentrum für die Hersteller und die Forschung aufbauen. Das wird auch für die eher strukturschwache Region einen enormen wirtschaftlichen Auftrieb mit sich bringen“*, erklärte der Minister in Berlin.

In Trauen bei Faßberg im Landkreis Celle besteht seit über 80 Jahren ein Testgelände zur Erprobung von Raketentriebwerken mit entsprechenden Prüfständen. Anfang der 1960er Jahre begann die Nutzung des Standortes im Rahmen der ersten europäischen Raumfahrtprogramme. Derzeit nutzt die Astrium GmbH den Standort zur Herstellung von Komponenten für Höhenforschungsraketen TEXUS und MAXUS sowie des U-Boot-Rettungssystems RESUS.

*„Der DLR Standort Trauen soll zukünftig wieder verstärkt in das Netz der luft- und raumfahrttechnischen Testanlagen [...] eingebunden werden“*, erklärte der DLR-Vorstandsvorsitzende Wörner. *„Einen Schwerpunkt wird dabei die Oberstufentechnologie für europäische Trägerraketen bilden, aber auch fortschrittliche Kleintriebwerke für Satelliten und Raumsonden sollen hier getestet werden.“*

Hierzu wird die Infrastruktur des Standorts umfassend erneuert und erweitert, auch mit finanzieller Unterstützung des Landes Niedersachsen. Ziel ist es, Trauen auch für die Ansiedlung von Industriebetrieben im Umfeld der Luft- und Raumfahrttechnik interessant zu machen. Hierfür investiert das Land Niedersachsen 2,7 Mio. Euro, die Partner DLR und Astrium geben in einem ersten Schritt rd. 8 Mio. Euro dazu.

Die EADS-Tochter Astrium GmbH war beteiligt an der Entwicklung der Trägerraketen Ariane 4 und 5; das derzeitige militärische Kerngeschäft ist die Entwicklung von Rettungssystemen für U-Boote (RESUS). In den vergangenen 30 Jahren sind zudem 50 Höhenforschungsraketen (TEXUS), ausgestattet mit kleinen Laboren, in suborbitale Höhen befördert worden.

40 Mitarbeiter sind derzeit am Standort Trauen tätig, mit bis zu weiteren 65 Arbeitsplätzen rechtfertigt die Landeregierung ihren Millionenzuschuss.

Abgesehen davon, dass die militärische Seite der »Veranstaltung« in der Kommunikation gänzlich verschleiert wird, ist zusätzlich bemerkenswert, wie in den Medien eine gänzlich unkritische Traditionslinie zur Entstehung des Raketenforschungszentrum Trauen im Nationalsozialismus gezogen wird. Ein Beispiel wäre die CZ vom 21.09.2012, in der - gänzlich ohne dass ein einziges Mal der Nationalsozialismus auftaucht - unter der Überschrift *„Eugen Sänger baute ehemaliges Raketenforschungszentrum auf“* glorifiziert wird.

Der österreichische Ingenieur Eugen Sänger (1905–1964) gilt als »Pionier« auf dem Feld der deutschen Raumfahrtforschung.

Nachdem er Österreich wegen seiner NSDAP- und SS-Zugehörigkeit verlassen hatte, führte ihn sein Weg in die Heide. Ab 1936 baute er für das Reichsluftfahrtministerium ein modernes Raketenforschungsinstitut unter der Tarnbezeichnung »Flugzeugprüfstelle« in Trauen in der Lüneburger Heide auf. Von 1942-1945 war er an der Forschungsanstalt für Segelflug in Ainring tätig. Man arbeitete u.a. an einem Fernbomberprojekt (z.B. für einen Angriff auf New York) und an der Entwicklung von Staustrahljägern, doch wurden diese Arbeiten von den Kriegseignissen überrollt.

Nach dem Krieg führte Sänger in Stuttgart ab 1954 mit staatlicher Hilfe über das »Forschungsinstitut für die Physik der Strahlantriebe« seine Entwicklungen aus der NS-Zeit fort. 1960 wurde Sänger (neben anderen deutschen Wissenschaftlern) vom ägyptischen Staatspräsident Nasser angeworben, wo er für die ägyptische Rüstungswirtschaft an Raketenprojekten beteiligt war, deren Reichweiten theoretisch jeden Punkt in Israel hätten unter Beschuss nehmen können. Daraus entwickelte sich international eine regelrechte »Affäre«. Da Sänger das Institut nicht von seiner lukrativen Nebentätigkeit informiert hatte, wurde er 1961 fristlos gekündigt, offizieller Entlassungsgrund: *„eigenmächtige, politisch unkluge und über das zumutbare Maß hinausgehende Mitarbeit an einem ägyptischen Regierungsauftrag“*. Sänger kündigte daraufhin 1962 den Ägyptern seine Mitarbeit vorzeitig. (siehe SPIEGEL vom 08.05.1963)

Von all dem ist aktuell nichts zu lesen - und die Astrium GmbH findet ihre Adresse „Eugen-Sänger-Str. 23 29328 Fassberg“ wahrscheinlich höchst repräsentativ.



# Deutsche Satelliten für die militarisierte Weltraumnutzung

Am 8. Januar 2007 wurde der erste Militärsatellit der deutschen Geschichte in die Kontrolle der Bundeswehr übergeben. Es handelte sich um einen Satelliten des Aufklärungssystems SAR-Lupe, das den deutschen Militärs Radarbilder von der Erde liefert. Inzwischen verfügt die Bundeswehr über sieben Aufklärungs- und Kommunikationssatelliten, weitere werden folgen. Während das deutsche Militär hier kräftig aufrüstet, hat auch in der europäischen Raumfahrt eine deutliche Verschiebung stattgefunden: von der Erforschung des Weltraums zu ausschließlich friedlichen Zwecken hin zur Nutzung von Weltraumtechnologien für die politischen Ziele der EU, darunter an zentraler Stelle ihre militärisch untermauerten Machtambitionen. [1] In beiden Bereichen spielt Satellitentechnik aus Deutschland eine zentrale Rolle, denn sie hebt sich vor allem im Bereich der satellitengestützten Radaraufklärung für militärische und zivile Zwecke von der Konkurrenz ab.

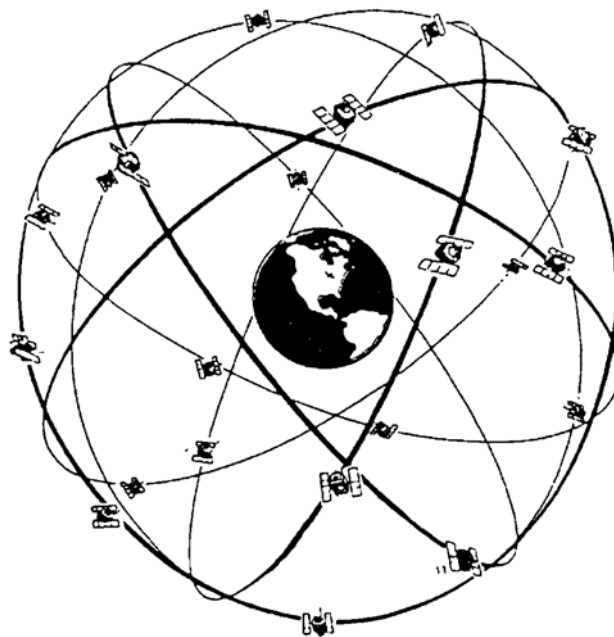
Die aktuelle Nutzung des Weltraums durch Bundeswehr und EU unterscheidet sich qualitativ in doppelter Weise von früheren Ansätzen. Das betrifft erstens die Rolle von Satelliten innerhalb des Militärs und der modernen Kriegsführung und zweitens die konsequente Vermischung ziviler und militärischer Nutzungen. Insbesondere im Rahmen der EU – wenn auch keineswegs nur hier – wird unter dem Schlagwort »dual-use« systematisch Weltraumtechnologie zivil finanziert und aufgebaut, um sie anschließend für militärische und andere sicherheitspolitische Zwecke nutzen zu können. [2]

## Weltraum und moderne Kriegsführung

Vom Beginn des Kalten Krieges bis zum Ende der Blockkonfrontation Anfang der 1990er Jahre war die militärische Nutzung des Weltraums vom Paradigma der symmetrischen und insbesondere der atomaren Kriegsführung zwischen den Supermächten bestimmt. Im Zusammenhang mit der einsetzenden gegenseitigen Rüstungskontrolle spielten Satelliten schließlich eine wichtige Rolle bei der Überwachung eingegangener Verpflichtungen. Die Aussichten für eine zukünftige militärische Weltraumpolitik in Westeuropa, wie sie sich unmittelbar nach dem Ende der Blockkonfrontation darstellten, wurden noch

darstellten, wurden noch weitgehend entlang dieser Entwicklungslinien, insbesondere im Bereich der Rüstungskontrolle, gesehen. [3]

Schon zehn Jahre später sind die Karten neu gemischt und diese Prognose ist, wie so viele andere politikwissenschaftliche Analysen, angesichts der raschen Veränderungen der Weltlage im Laufe der 1990er Jahre obsolet geworden. Die militarisierte Weltraumnutzung wie sie sich seither darstellt steht ganz im Zeichen der westlichen Interventionspolitik und der Revolution in Military Affairs (RMA). Die Debatte um die RMA wurde seit



den 1970er und 1980er Jahren zuerst in der Sowjetunion und dann in den USA geführt. [4] Im Kern beschreibt sie die Revolutionierung der Kriegsführung durch den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien. Militärisch rückt dabei die Gewinnung, Verbreitung und effektive Nutzung von Informationen innerhalb der eigenen Streitkräfte in den Mittelpunkt und löst damit die materielle Übermacht an Panzern, Flugzeugen usw. als Erfolgskriterium tendenziell ab. Der Golfkrieg von 1991 kann als erstes Beispiel für einen

mit »Informationsübermacht« und hoch präzisen Waffen geführten Krieg gesehen werden.

Satelliten spielen eine zentrale Rolle in dieser neuen Art der Kriegsführung. [5] Sie liefern Aufklärungsdaten für die strategische Planung, bilden ein Kommunikationsnetzwerk für die sekundschnelle, weltweite Übermittlung von Informationen und stellen genaue Navigationsdaten für die Orientierung der Truppen und die Zielführung von Bomben und Raketen zur Verfügung. *„Die Verfügbarkeit von Satelliten wird in immer stärkerem Maße zur Grundvoraussetzung für die Funktionsfähigkeit moderner Streitkräfte“*, so die Schlussfolgerung von Stefan Klentz, Oberstleutnant i.G. der Luftwaffe. [6]

Nachdem sich diese Entwicklung zunächst vor allem in den USA vollzogen hatte, betrifft sie heute auch die deutsche und andere europäische Armeen. Der Umbau der Bundeswehr zu einer »Armee im Einsatz«, ähnliche Prozesse in den meisten anderen europäischen Staaten sowie die Aktivitäten der EU als Militärmacht bilden

hier den politischen Hintergrund. Denn die Veränderungen in der Organisation und Ausrüstung des Militärs adressieren Anforderungen, die sich aus dem neuen Einsatzszenario der militärischen Interventionen von Afghanistan bis in die Demokratische Republik Kongo ergeben. Insbesondere für Armeen, die außerhalb des eigenen Territoriums, in unbekanntem Terrain und in asymmetrischen Konflikten eingesetzt werden, sind Satellitentechnologien zur Kommunikation, Erkundung und Navigation von zentraler Bedeutung.[7]

### **Der deutsche Beitrag I: Satellitenaufklärung per Radar für die Bundeswehr**

Vor dem dargestellten Hintergrund werden in Deutschland zurzeit sowohl national als auch im Rahmen der EU große Anstrengungen im Bereich der militärischen und militärisch genutzten Satellitentechnologie unternommen. Dabei stehen insbesondere die Aktivitäten für Erdbeobachtung und Aufklärung im Fokus, obwohl auch die Telekommunikation und Navigation nicht zu vernachlässigen sind, wie in den letzten Jahren der Start der beiden COMSATBw-Satelliten der Bundeswehr und der Auftrag zum Bau der ersten 14 Galileo-Satelliten an das deutsche Unternehmen OHB-System gezeigt haben. [8] In diesen Segmenten hat die deutsche Industrie im Vergleich zu US-amerikanischen und anderen europäischen Konkurrenten allerdings keine hervorgehobene Rolle inne. Über die Erdbeobachtung heißt es demgegenüber im Bericht des Koordinators der Bundesregierung für die deutsche Luft- und Raumfahrt, Peter Hintze: *„In diesem Bereich verfügt Deutschland über eine führende Position. Erdbeobachtung ist das derzeit strategisch wichtigste Feld in der anwendungsorientierten Raumfahrt“*. [9]

Ein Aufsehen erregendes Projekt in diesem Feld ist SAR-Lupe, das seit 2008 voll einsatzfähig ist. Dabei handelt es sich um eine Konstellation aus fünf Satelliten zur Radaraufklärung, die den Bedarf der Bundeswehr an Satellitenbildern aus aktuellen und potentiellen Einsatzgebieten überall auf der Welt decken sollen. Die Radartechnik ermöglicht es dabei im Gegensatz zu optischen Systemen, Aufnahmen bei Tag und Nacht und unabhängig von der Wetterlage, etwa auch bei Bewölkung, zu machen. Die deutsche Bundeswehr ist mit diesem technisch hoch entwickelten System nach den US-amerikanischen und russischen Streitkräften die dritte Armee, die in der Lage ist, solche Aufnahmen der Erde in hoher Qualität zu machen. [10] Mit der Auswertung der Bilder von SAR-Lupe sollen im Kommando Strategische Aufklärung über 90 Personen in einer eigenen Abteilung beschäftigt sein. Das Bundesverteidigungsministerium kommentierte, das System hebe die *„Fähigkeiten der Bundeswehr zum Krisenmanagement auf eine qualitativ neue Stufe“*. [11] Der Bezug zu Auslandseinsätzen wird hier also explizit hergestellt. Am Bau der Satelliten, deren Bereitstellung die Bundeswehr nach eigenen Angaben insgesamt 742 Mio. Euro gekostet hat, waren unter der Führung von OHB auch EADS Astrium und

THALES, zwei Riesen der europäischen Raumfahrt- und Rüstungsindustrie, beteiligt. [12]

### **Der deutsche Beitrag II: zivil-militärische Beobachtungssatelliten für die EU**

Auch im Rahmen des europäischen GMES-Projektes (Global Monitoring for Environment and Security) versuchen die Deutschen, ihre Expertise im Bereich der Erdbeobachtung einzusetzen. Schließlich geht es um erhebliche Mittel, die hier aus verschiedenen Töpfen von der Europäischen Weltraumagentur ESA, der EU und anderen staatlichen Stellen aufgewendet werden. Die Gesamtkosten für den Zeitraum von 2004-2013 werden auf fünf Mrd. Euro geschätzt. [13] GMES ist ein Vernetzungsprojekt, in dem bestehende sowie neu zu schaffende nationale und europäische Erdbeobachtungssysteme im Dienste verschiedener EU-Politiken zusammengefasst werden sollen. Gleichzeitig handelt es sich aber auch um eine industriepolitische Initiative mit dem Ziel, die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Raumfahrtindustrie durch staatliche Investitionen zu stärken. [14] Die Bedeutung von GMES brachte der ehemalige Vizepräsident der EU-Kommission Günter Verheugen folgendermaßen auf den Punkt: *„Mit diesem Projekt meldet sich Europa als Weltraummacht an.“* [15]

Laut aktueller Entscheidungslage der EU soll GMES Beiträge zur Überwachung der Atmosphäre, der Erdoberfläche, der Meeresumwelt und des Klimawandels, beim Katastrophen- und Krisenmanagement und im Bereich Sicherheit leisten. [16] Genauer heißt es zum letzten Punkt in der betreffenden EU-Verordnung: *„Sicherheitsdienste stellen nützliche Informationen im Hinblick auf die Herausforderungen für Europa im Sicherheitsbereich bereit — vor allem im Hinblick auf Grenzüberwachung, Überwachung des Schiffsverkehrs und Unterstützung der auswärtigen Maßnahmen der EU“*. [17] Zentral für die sicherheitspolitische bzw. militärische Nutzung des Projektes ist das Europäische Satellitenzentrum (EUSC) in Torrejón de Ardoz/Spainien, das seit 2002 Bilder aus zumeist kommerziellen Quellen zur Vorbereitung und Unterstützung praktisch aller EU-Interventionen der letzten Jahre verarbeitet. [18] Da das EUSC über keine eigenen Satelliten verfügt, kann ein strukturierter Zugang zu den in GMES zusammengefassten Kapazitäten für die weitere Arbeit des Zentrums kaum überschätzt werden. Das EUSC war dementsprechend von Anfang an in die Planung und Gestaltung von GMES eingebunden. Dual-use heißt hier einmal mehr, dass militärische und sicherheitspolitische Stellen sowohl Einfluss auf die Gestaltung als auch Anteil an der Nutzung eines nicht aus Militärbudgets finanzierten und in der Öffentlichkeit als zivil dargestellten Programms haben.

Unter Berücksichtigung der Aktivitäten zu GMES stechen Bremen, der Großraum München und Friedrichshafen als bedeutende Standorte in der deutschen Raumfahrtlandschaft hervor. Hier sind mit EADS Astrium (Ottobrunn bei München/Friedrichshafen am

Bodensee) und OHB-System (Bremen) die wichtigsten Unternehmen der Branche angesiedelt, zudem hat das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), das die staatliche Seite des deutschen Beitrags zu GMES koordiniert, in Oberpfaffenhofen bei München die meisten seiner Aktivitäten im Bereich der Erdbeobachtung konzentriert. Sowohl OHB als auch EADS Astrium sind am Bau der Sentinel-Satelliten beteiligt, die im Auftrag der ESA speziell für GMES gebaut werden. [19] Dazu kommen die von EADS Astrium und dem DLR durchgeführten Satellitenprojekte TerraSAR-X und Tandem-X, deren Radarbilder in GMES eingebracht werden sollen, sowie zahlreiche Projekte, in denen unter Beteiligung der beiden Konzerne, des DLR und anderer Akteure mögliche Anwendungen des Satellitenverbundes für einzelne Politikfelder erforscht werden. [20] [...]

### Implikationen einer militarisierten Weltraumpolitik

[...] Zusätzlich zu den dezidiert militärischen Satellitenprojekten der Bundeswehr werden so auf EU-Ebene und national die Grenzen zwischen ziviler und militärischer Weltraumnutzung verwischt. Für die Rüstungskontrolle und die Dynamik der Entwicklung von Weltraumwaffen und deren Stationierung im All ergeben sich ernsthafte Gefahren aus beiden Prozessen. Angesichts der zunehmenden Abhängigkeit des Militärs von Satelliten wird zunächst generell die Bewaffnung des Weltraums wahrscheinlicher, denn Satelliten werden auf der einen Seite zum lohnenden Angriffsziel und auf der anderen zum wichtigen Aktivposten, den es zu verteidigen gilt. [24] Dazu kommt aber, dass sich diese Gefahr durch die absichtliche Vermischung von zivilen und militärischen Systemen auch auf zivile Satelliten ausweitet, die ja de facto Teil der militärischen Infrastruktur sind. Aus dieser Perspektive betrachtet besteht die größte »Sicherheitsbedrohung« für die Raumfahrt in Europa in den Auswirkungen der eigenen Politik im Dienste einer militärisch abgestützten Weltmachtrolle.

Malte Lühmann

Quelle: IMI-Analyse 2011/03 - in: Wissenschaft und Frieden 1/2011; die Anmerkungen finden sich unter: <http://www.imi-online.de/2011/02/13/deutschesatelliten/>



Zum Antikriegstag Zwangsarbeiter\_innen gedacht

### Spurensuche bei der Muna

Mehrere Gruppen aus dem Heidekreis und Celle besuchten, auf Einladung der VVN/BdA-Celle zum Antikriegstag am 1. September die ehemaligen Orte der »Lufthauptmunitionsanstalt 1/XI Muna Hambühren«, wo am Gedenkstein für die Zwangsarbeiter\_innen in Ovelgönne Kränze niedergelegt wurden.

Bei der Spurensuche per Rad berichtete Horst Stehr, dass die Nazis auf einer 443 Hektar großen Fläche Gebäude, Straßen und Gleise für Munitionsproduktion von deutschen Dienstverpflichteten, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter\_innen bauen ließen. Bis Kriegsende wurden u.a. 10 Millionen Granaten produziert. Bei Arbeit, Unterkünften und Verpflegung gab es eine Hierarchie. KZ-Häftlinge bekamen stets die schlimmsten Arbeiten und nur geringe Verpflegung. Ebenso auf der untersten Stufe standen sowjetische Kriegsgefangene.

Wegen Bombenangriffen der Alliierten sollte die Produktion von Flugzeugteilen der Firma Focke-Wulf in Bremen in die nicht mehr genutzten Bergwerke in Hambühren verlegt werden. KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter mussten unterirdische Hallen ausbauen. Einmal pro Woche durften sie für ganze 2 Stunden ans Tageslicht. Zur unterirdischen Produktion kam es vor Kriegsende nicht mehr.

Für die mörderische Arbeit wurden Häftlinge ausgetauscht u.a. mit der EIBIA-Bomlitz (Munitionsproduktion der Chemiefirma WOLFF bei Walsrode) und dem KZ Bergen-Belsen. Die Zahl der Toten in Hambühren ist unbekannt. Ihre Gräber, auch Babys von Zwangsarbeiterinnen, sind auf nahen Dorffriedhöfen zu finden.

Bei der Kranzniederlegung erinnerte Klaus Meier daran, dass fast alle Kriege mit einer Lüge beginnen. Wie 1939, so auch bei der Bombardierung Jugoslawiens und dem Irakkrieg. *„Der Aussetzung der Wehrpflicht steht die Aufrüstung der Bundeswehr gegenüber. Für Interventionen überall in der Welt braucht man keine riesigen Armeen. Dafür sind kleine, wendige Einsatzteile erforderlich, Schnelle Eingreiftruppen, Killerkommandos. Für zu Anfangs 100 Mio. € bis hin zu einer Milliarde € Steuergeldern wird bei Magdeburg das Gefechtsübungszentrum GÜZ mit der Stadt »Schnoggersburg« gebaut (mit Einkaufszentrum, U-Bahnstation, Autobahnkreuz, Wohnhäusern u.v.m.), um »unsere Soldaten« auf den Häuserkampf in den urbanen Zentren vorzubereiten. Das nenne ich Aufrüstung!“*

„E.ON verdient - Risiken und Kosten tragen wir“

## MOX-Transporte ins AKW Grohnde

Mit einem massiven Polizeieinsatz wurde am 24. September der Transport von acht MOX-Brennelementen ins AKW Grohnde durchgesetzt. Sie wurden aus dem britischen Atomkomplex Sellafield nach Nordenham verschifft, und dann per LKW über Straßen und Autobahnen quer durch Niedersachsen zum E.ON-Atomkraftwerk Grohnde transportiert. Dieser erste von zwei angekündigten Transporten war von vielfältigen Protesten und Blockaden entlang der Strecke von Nordenham ins Weserbergland begleitet. Die Dauermahnwache am Zielort erhielt auch viel Sympathie und Unterstützung von Einwohner\_innen aus Emmerthal und Grohnde. Der zweite Transport ist für November angekündigt.



### Der gefährlichste Stoff auf Erden

Der Einsatz von plutoniumhaltigen Mischoxid-Brennelementen (MOX) macht Atomreaktoren komplizierter, gefährlicher und erhöht die Auswirkung von katastrophalen Unfällen, weil wesentlich mehr Plutonium freigesetzt werden könnte. Auch strahlen abgebrannte MOX-Brennelemente doppelt so stark im Vergleich zu normalen Uran-Brennelementen. Das bedeutet eine verstärkte Strahlenbelastung bei Personal und Anwohner\_innen, bei der Zwischenlagerung und der völlig ungeklärten Entsorgung.

Nach Informationen des AKW-Betreibers E.ON an die Anwohner\_innen enthalten beide Lieferungen 400 Kilogramm Plutonium. Aus dem Material könnten rund 50 Atombomben gebaut werden. Sollte Plutonium bei einem Unfall frei werden, können schon kleinste Spuren davon Krebs auslösen. Plutonium ist ein Ultra-Umweltgift mit einer Halbwertszeit von 24.000 Jahren.

### Völkerrecht vor Sicherheit?

E.ON rechtfertigt die Transporte aus Sellafield ins AKW Grohnde so: „Derartige Transporte sind erforderlich, weil die Betreiber kerntechnischer Anlagen in Deutschland verpflichtet sind, den bei der Wiederaufarbei-

tung von ausgedienten Brennelementen in Großbritannien und Frankreich gewonnenen Brennstoff zurückzunehmen. Dieser Verpflichtung liegen völkerrechtliche Vereinbarungen zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien zu Grunde.“ Und weiter: „Die Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente war nach dem Atomgesetz bis zum Jahr 1994 der einzig zulässige Entsorgungsweg. Nach der Novellierung des Atomgesetzes im Jahr 2000 wurden aufgrund vertraglicher Verpflichtungen noch bis Mitte 2005 abgebrannte Brennelemente zu den Wiederaufarbeitungsanlagen transportiert [...] Seitdem werden die Brennelemente nach dem Einsatz im Kraftwerk in Zwischenlagern an den Standorten sicher aufbewahrt.“

Nach Recherchen der Neuen Osnabrücker Zeitung stehen Deutschland noch an die 100 derartige Lieferungen ins Haus. Das sind nach Angaben des Bundesamtes für Strahlenschutz in Sellafield 21 Castoren mit Atom-müll, die vermutlich ab 2015 nach Deutschland transportiert werden. Darüber hinaus fiel beim Wiederaufarbeitungsprozess aber auch Plutonium an, das in den neuen MOX-Brennelementen verwendet wird.

Abgesehen von der Fracht aus England steht bei E.ON noch die Lieferung von etwa 60 MOX-Brennelementen aus der Wiederaufarbeitungsanlage im französischen La Hague an.

E.ON hat nach eigenen Angaben in der Vergangenheit schon 33 MOX-Transporte aus Sellafield mit Ziel Landkreis Hameln-Pyrmont abgewickelt. Weitestgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit; aber das ist jetzt vorbei.

### Mox-Brennelemente in Atomkraftwerken

Plutonium kann in Form von MOX-Brennstoff in AKW eingesetzt und dort zur Energieerzeugung genutzt werden. Insgesamt enthielten Anfang des Jahres 2011 rund 30 AKW in Europa MOX, davon sieben in Deutschland, weitere 20 haben die Erlaubnis dazu, davon neun der noch zehn in Deutschland laufenden Reaktoren. In den Jahren 2000 bis 2004 wurden in Grohnde bereits 40,4 Tonnen MOX-Brennelemente eingesetzt.

Bereits 1992 lag eine Studie der GRS (Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit) GmbH vor, nach der die MOX-Technik nicht nur unsinnig, sondern auch leichtfertig sei. Der Spiegel berichtete in seiner Ausgabe vom 10.02.1992:

„Der Thomas-Bericht (der GRS) belegt, daß die westdeutsche Atomindustrie seit mehr als zehn Jahren mit den gefährlichen Brennstäben hantiert, ohne die Risiken für Reaktoren und Umwelt je sorgsam geprüft zu haben. Weil die plutoniumhaltigen Brennstäbe im Reaktor weitaus ag-

gressiver strahlen ("Spektrumsverhärtung") und länger im Atomeiler bleiben ("höherer Abbrand") als Uran-Elemente, erhöht sich auch die "Beanspruchung des Kernbrennstoffs und der Brennelemente-Werkstoffe" (Thomas) – mit gefährlichen Konsequenzen: Die "Außenkorrosion" der metallenen Brennelemente-Hüllrohre steigt – die etwa daumenstarken Schutzrohre, die den Brennstoff hermetisch vom Kühlwasser abschirmen sollen, verrotten also schneller als bei herkömmlichen Uran-Elementen. [...]. Schmilzt in einem mit MOX-Brennelementen bestückten Reaktor ein Teil des atomaren Inventars, droht auch nach einer erfolgreichen Notkühlung noch der Super-GAU – ein Katastrophen-Szenario, das bei der Analyse von Kernschmelzunfällen bislang nicht untersucht wurde."

Geändert hat sich nichts. Die GRS teilte 2010 zu den Risiken u.a. mit: MOX-Brennstoff hätten in sicherheitstechnischer Hinsicht „einige ungünstigere Eigenschaften“ gegenüber „normalen“ Brennelementen wie z.B.: erhöhte Faktoren für Leistungsspitzen in den MOX-Brennelementen, erhöhter Innendruck in den Brennstäben durch höhere Spaltgasfreisetzung und ein schnelleres Reagieren bei Änderungen des Reaktorzustands.

### Gefahren beim Transport

Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hatte eine Studie bezüglich der Transporte radioaktiver Stoffe in der Bundesrepublik Deutschland in Auftrag gegeben, die im Februar 2011 veröffentlicht wurde. Darin wird einerseits darauf hingewiesen, dass der Transport von MOX-Brennelementen wegen des Plutoniuminventars in Typ-B-Behältern sowie mit speziellen Sicherheitsfahrzeugen durchgeführt werde, was das Gefahrenpotenzial nach Transportunfällen gegenüber Uran-Brennelementen eher verringere. Da aber MOX-Transporte einen höheren Symbolwert als Urantransporte und durch das Plutoniuminventar im Falle eines terroristischen Angriffs auch deutlich größere radiologische Auswirkungen besäßen, müssten die Auswirkungen eines terroristischen Angriffs in die Bewertung des Gesamtgefahrenpotenzials einbezogen werden.

### Katastrophenschutz – Fehlanzeige

Die MOX-Brennelemente aus der Wiederaufbereitungsanlage Sellafield wurden auf der »Atlantic Osprey« in einen Privathafen nach Nordenham gebracht; die bremischen Häfen kamen nicht in Frage, weil dort der Umschlag von Kernbrennstoffen verboten ist. In Nordenham verabschiedeten Kreis und Stadt mehrheitlich eine Resolution gegen den Transport über den Hafen von Nordenham. Nordenham dürfe keine Drehscheibe für internationale Atomtransporte werden, die Atomaufsicht solle die Genehmigung für den Umschlag der 16 MOX-Brennelemente über den Hafen von Nordenham zurücknehmen. Landrat Höbrink kritisierte, dass die zuständigen Katastrophenschutzbehörden „aus Geheimhaltungsgründen“ nicht informiert worden seien. „Wir wissen nicht, wann die Elemente transportiert werden sollen, und auch nicht, auf welchem Weg“, sagte der SPD-Landrat gegenüber dem NDR.



### Erneuter Proteste im November

Die Atomkraftgegner\_innen der »Regionalkonferenz Grohnde Abschalten« wollen auch im November wieder eine Dauermahnwache organisieren. Aktuelle Infos gibt es dann über:

<http://grohnde.wordpress.com/mox-dauermahnwache/>

Am Sa., 3. November, gibt es eine Auftaktdemonstration in Emmerthal beim AKW Grohnde, Beginn: 13 Uhr – AKW-Gegner\_innen aus Celle fahren mit dem Niedersachsen-Ticket um 10.47 Uhr ab Hauptbahnhof.

Hintergrund: Einen informativen Bericht über „Das Vermächtnis von Sellafield. Die ungewisse Entsorgung von Plutonium“ von Andrea Rehmsmeier könnt ihr im Deutschlandfunk hören (oder das Manuskript lesen):

[www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/1873203/](http://www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/1873203/)

Fotos: Michaela Mügge/PubliXviewinG



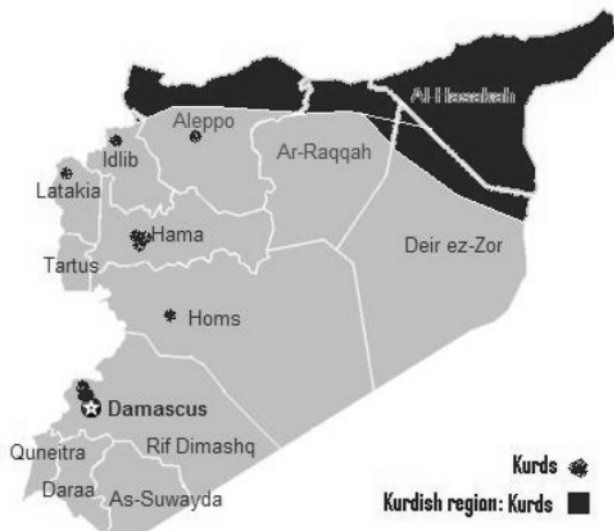
## Neokoloniale Ziele und Strategien

In der Bildungswoche des Rosa Luxemburg Clubs im September referierte der Hamburger Journalist und Buchautor Martin Dolzer zur Situation in Syrien, der Rolle der kurdischen Bevölkerung und den Interessen der Großmächte und der EU. Für die revista führten wir Anfang Oktober ein Interview mit ihm.

?: In den deutschen Medien erleben wir eine fast durchgängig positive Bezugnahme auf die »Freie syrische Armee« und den »syrischen Nationalrat«. Wie stellen sich für dich die Kräfteverhältnisse und Konfliktlinien im Land dar?

!!: Die Mainstreammedien berichten sehr einseitig und zum Teil auch inhaltlich falsch. Die syrische Opposition formierte sich im Rahmen der Aufstände im Mittleren Osten und Nordafrika zuerst friedlich, um sich gegen autokratische Zustände und Menschenrechtsverletzungen in Form von beliebigen Inhaftierungen und Folter zu wehren und einen Demokratisierungsprozess einzuleiten. Ca. 80 % der Opposition streben einen friedlichen gesellschaftlichen Demokratisierungsprozess an. Über diesen Teil der Opposition wird in den westlichen Medien nicht - oder schlimmer noch diffamierend berichtet. Die Regierung Assad ging mittlerweile in vielen Punkten auf Forderungen dieser Opposition ein.

Große Teile der Exilopposition, wie der „*syrische Nationalrat*“ und die „*Freie Syrische Armee*“ (FSA), streben jedoch einen gewaltsamen Umsturz in Zusammenarbeit mit Saudi Arabien, Katar sowie den „westlichen“ Großmächten und der Türkei an, um möglichst große Teile der Macht und zukünftig zu verteilender Pfründe für sich beanspruchen zu können. Die reaktionär orientierten „Rebellen“ der FSA werden zudem von Saudi Arabien und Katar aufgerüstet. In ihren Reihen kämpfen viele Söldner, die schon in Libyen „tätig waren“ - und Kämpfer aus den Reihen Al Quaida nahestehender Kräfte. Diese oppositionellen Strömungen haben sich in



den nicht kurdischen Teilen des Landes mittlerweile gewaltsam durchgesetzt und bedrohen auch die Zivilbevölkerung. Sie sind für einige Massaker verantwortlich. Die anfänglich positive Dynamik der „Rebellion“ wurde durch diese patriarchal-feudalistische Gewalt im Sinne der Großmächte ausgebremst. Immer weitere Teile der Bevölkerung leben in Angst vor den so genannten Rebellen und einer völligen Destabilisierung des Landes.

?: Du vertrittst die These, dass die Destabilisierung der ganzen Gesellschaft mit dem Ziel eines »regime change« von den westlichen Großmächten gezielt unterstützt wird. Welche Interessen werden dabei verfolgt und mit welchen Mitteln wird dabei vorgegangen?

!!: Die Regierungen der USA verfolgen im Mittleren Osten das „*Greater Middle East Project*“, in dessen Rahmen die gesamte Region den eigenen wirtschaftlichen und militärischen Interessen entsprechend neu aufgeteilt werden soll. U.a. möglichst kleingliedrige Einheiten anhand religiöser, ethnischer und clanbedingter Spaltungslinien sind das Ziel. Es geht hauptsächlich um die Kontrolle der Ausbeutung der Ressourcen Öl, Gas, Wasser sowie die militärische Kontrolle der gesamten Region. „*Teile und herrsche*“ ist das dahinter stehende Prinzip. Auch die EU strebt unter Führung der BRD im Mittleren Osten und weiteren Regionen der Welt mit immer aggressiver werdenden Methoden die Ressourcen- und Absatzmarktsicherung an. Dabei sollen entsprechend der außenpolitischen Konzepte auch demokratisch gewählte Regierungen und von großen Teilen der Bevölkerung getragene Bewegungen militärisch unterworfen werden, wenn sie nicht die „europäischen Interessen“ bedienen. Das ist u.a. in den Konzepten des für die europäische Außenpolitik maßgeblich verantwortlichen Think Tanks „*European Institute for Security Studies*“ (EUISS) zu sehen – und lässt sich u.a. an der Politik gegenüber Jugoslawien, Libyen, der Ukraine, Georgien oder jetzt auch in Syrien erkennen. Mittel zur Umsetzung der eigenen Ziele sind wirtschaftlicher Druck, Propaganda, die Förderung willfähriger Akteure und Warlords oder die nachrichtendienstliche und militärische Unterstützung oder Intervention.

?: Die kurdische Bevölkerung in Syrien war in der Vergangenheit massiver Repression durch die herrschende Baath-Partei ausgesetzt. Jetzt ist zu beobachten, dass die kurdischen Regionen im Norden des Landes sich selbst überlassen werden und die kurdische Bewegung diesen Freiraum für eine breite Basisorganisation nutzt. Wie konnte es dazu kommen?

!!: Unzählige politisch aktive Kurd\_innen sind in der Vergangenheit inhaftiert und gefoltert worden. Die Mehrheit der ca. 3,5 Millionen in Syrien lebenden Kurd\_innen sind noch immer staatenlos. Die meisten leben an der Grenze zur Türkei.



Seit zwei Monaten befinden sich in den kurdischen Provinzen in Syrien (West Kurdistan) weite Teile unter der Kontrolle der TEV-DEM „Kurdischen Volksräte“. Diese werden von Anhänger\_innen der Demokratischen Einheitspartei PYD, einer Schwesterpartei der PKK dominiert – beziehen jedoch sämtliche kurdische Organisationen mit ein. Diese Volksräte haben begonnen, die Bevölkerung basisdemokratisch zu organisieren, Bildungsinstitutionen aufzubauen, die Frauengleichberechtigung durchzusetzen, muttersprachlichen Unterricht zu geben, die medizinische Versorgung zu sichern und eine eigene Rechtsprechung zu installieren. Die Volksräte haben eine relative Stabilität hergestellt. Die syrische Armee hat sich weitgehend kampfflos zurückgezogen, da das Regime sich keine weitere militärische Auseinandersetzung leisten kann. Die PYD und die Volksräte zählen zu dem Teil der Opposition, der eine friedliche Transformation der syrischen Gesellschaft anstrebt. Die PYD stellt bewaffnete Milizen, die die Kontrolle über die Region absichern. Im Gegensatz zum Rest des Landes herrschen dort kein Chaos und Bürgerkrieg. Geplant ist gemäß der Idee der „Demokratischen Autonomie“ keine Abspaltung von Syrien, sondern eine Teilautonomie wie z.B. in Schottland oder dem Nordirak umzusetzen.

Am „Hohen kurdischen Rat“, der parallel zu den TEV DEM gegründet wurde, sind darüber hinaus sämtliche weiteren kurdischen Organisationen beteiligt. Mit der „Erklärung von Hewler (Erbil)“ haben sich diese Akteure zusammengeschlossen. Auch der „Kurdische Nationalkongress“, ein Zusammenschluss syrischer Kurd\_innen, die unter der Schirmherrschaft des Präsidenten von Süd Kurdistan, Masud Barzani, stehen, ist daran beteiligt. Die Kurd\_innen sind fest entschlossen, ihre Rechte zu verteidigen und mit allen demokratischen Organisationen zu kooperieren und in den Dialog zu treten, die im Interesse der syrischen Bevölkerung arbeiten. Das Projekt der „Demokratischen Selbstverwaltung“ wird mittlerweile sehr erfolgreich in die Realität umgesetzt. Eine Intervention der FSA in der Region wird nicht geduldet.

?: Bedeutsam für die Region ist die Rolle der Türkei. Du bist der Auffassung, dass die türkische AKP-Partei als »role-model« für die Bewegungen des so genannten arabischen Frühlings gesehen wird. Kannst du das konkretisieren?

!!: Die AKP Regierung spielt in dem Konflikt eine sehr aggressive Rolle. Erdogan will auf keinen Fall zulassen, dass sich die kurdischen Provinzen Syriens unter der Kontrolle der PYD, einer sozialistischen Kraft, stabilisieren. Deshalb wurden an der Grenze Truppen stationiert. Letzte Woche hat sich die Regierung von ihrer Parlamentsmehrheit einen Freifahrtschein für ein Jahr Interventionen in Syrien geholt. Zuvor waren Raketen aus Syrien auf die türkische Seite abgefeuert worden. Da die syrische Regierung kein Interesse haben kann, den Konflikt auf diese Weise anzuhetzen, ist eher wahrscheinlich, dass die FSA diese Raketen abschoß, um einen Vorwand für eine Eskalation zu liefern. Von Beginn an unterstützt die AKP die syrischen Muslimbrüder, die auch



maßgeblich in der FSA und der Exilopposition verantwortlich sind. In der Nähe der türkischen Stadt Adana sind westliche Geheimdienste stationiert – auch die FSA hat dort ihre Rückzugsbasis. Viele der Kämpfer werden dort geschult und instruiert.

Die AKP wird von den USA und der EU als „role model“ gesehen, da sie einen vermeintlich modernen Islam verkörpert und in diesem Rahmen jede linke Opposition mit Gewalt unterdrückt und die Märkte neoliberal öffnet. Der sunnitisch geprägte Islam der AKP wird zudem als „Gegenpol“ zum schiitisch geprägten Islam im Iran betrachtet. Dass die AKP völlig autokratisch agiert, die Menschenrechtsverletzungen seit fünf Jahren zunehmen (1.555 angezeigte Fälle von Folter im Jahr 2011) und das Militär erneut Kriegsverbrechen, bis hin zu Chemiewaffeneinsätzen, verübt, wird dabei völlig ausgeblendet. Auch, dass die AKP seit 2009 mehr als 9.000 kurdische Politiker\_innen und Menschenrechtler\_innen inhaftieren ließ und sich mehr als 2.300 Kinder in den Gefängnissen befinden, die zum Teil systematisch misshandelt und vergewaltigt werden, wird ignoriert. Die neo-osmanischen Großmachtansprüche der AKP werden in diesem Zusammenhang willentlich übersehen.

?: Vielleicht nochmal zurück nach Deutschland. Du hast in deinem Vortrag die »Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)« erwähnt. Mir war dieser »think tank« gar nicht so bekannt. Wer ist das und was treiben die im Zusammenhang mit Syrien?

!!: Die SWP, das „Deutsche Institut für Internationale Politik und Sicherheit“ ist ein Think Tank, der die Bundesregierungen seit Jahrzehnten in Sachen Außenpolitik maßgeblich beeinflusst. Die Ausrichtung der SWP ist ähnlich gewaltorientiert und neokolonialistisch wie die der europäischen „Sicherheitsagentur“ EUISS, an der die deutsche Stiftung beteiligt ist.

In Artikeln und in mehreren Interviews erklärt Markus Kaim, der Leiter der Gruppe Sicherheitspolitik der SWP, dass der „Handlungsdruck“ zugunsten einer Wiederholung des Jugoslawien-Kosovo-Szenarios in Syrien größer würde. Abgestuft nach dem Eskalationsgrad gäbe es mehrere Möglichkeiten für militärische Aktivitäten. Denkbar sei in einem ersten Schritt der verdeckte Ein-

satz von Spezialkräften, um bewaffnete Regimegegner per Ausbildung und Bewaffnung zu unterstützen und die syrischen Streitkräfte durch Sabotage der militärischen Infrastruktur zu schwächen. Wenn man auf eine Eskalation aus ist, könne man „auf syrischem Territorium zudem Schutzzonen errichten.“ Diese würden als Schutz der Flüchtlinge vor Übergriffen der syrischen Regierung deklariert. Faktisch bedeutete das jedoch die Besetzung syrischen Hoheitsgebietes. Die sunnitischen Kräfte in der Region sollten weiter gefördert werden, so Kaim. Schutzzonen könnte man auch für die Free Syrian Army einrichten, schlägt die SWP vor. Sie könnten den bisher verstreut kämpfenden Milizen ermöglichen, sich zu sammeln und von Kräften des „Westens“ trainieren und ausrüsten zu lassen. Die Schutzzonen wären dann „die militärische Basis für einen angestrebten Regimewechsel in Damaskus“. Gegen Waffenlieferungen für die syrische Regierung vorzugehen würde „einen erheblichen Aufwand an Seestreitkräften einschließlich See- und Luftaufklärung bzw. Kräften zur Überwachung der Landesgrenzen“ bedeuten. Eine „harte Konfrontation“ mit den Hauptwaffenexporteuren Russland und Iran wäre dann nicht auszuschließen. Da stellt sich schon fast die Frage, ob der Mann und die Stiftung gerade im Begriff sind, ideologisch einen dritten Weltkrieg vorzubereiten?



„Die deutsche Rolle in der Euro-Krise hat die Frage nach deutscher Führungsbereitschaft und -fähigkeit in Europa, aber auch darüber hinaus aufgeworfen“, so der Sicherheitspolitische Leiter der SWP weiter. Die Deutsche Führungsbereitschaft- und Fähigkeit stehe auch in Bezug auf Syrien zur Debatte. Diesen Konzepten entsprechend ließ die SWP die syrische Exilopposition, darunter auch Vertreter der FSA seit Januar 2012 in den eigenen Räumen in Berlin tagen, um eine Planung für Syrien nach dem als selbstverständlich betrachteten Sturz des Assad-Regimes zu entwerfen. Entsprechend den Vorgaben der türkischen Regierung solle auch die PKK in der Bundesrepublik kriminalisiert werden, heißt es in einer Studie der SWP.

?: Wir haben bei deinem Vortrag gemerkt, dass du kein Freund von Prognosen und »Kaffeesatz-Leserei« bist. Aber: Gib’ mal den Scholl-Latour, welche Ent-

## wicklungstendenzen des Konflikts sind möglich?

!: Im besten Fall kommen die „westlichen Großmächte“ zur Vernunft und hören damit auf, die gewaltbereiten, feudalistischen „Rebellen“ zu unterstützen und aufzurüsten. Dann wäre eine langsame demokratische Transformation umsetzbar. Die Oppositionellen, die daran ein Interesse haben und die Mehrheit der Bevölkerung Syriens stellen, könnten sich dann wahrscheinlich durchsetzen und die Dynamik positiv wenden. Die kurdische Bevölkerung, die Volksräte und der Hohe kurdische Rat würden sich an dieser Transformation sicherlich beteiligen und eine Autonomieregion wie im Nordirak, allerdings unter Vorherrschaft der sozialistisch orientierten Schwesterpartei der PKK, der PYD, etablieren, die zur Stabilität der gesamten Region beitragen könnte. Die demokratischen Strukturen in den kurdischen Provinzen sind jetzt schon tragfähig und beinhalten eine positive Dynamik. Ein solches Szenario würde auch zur schrittweisen Gleichstellung der Frau beitragen.

Im schlimmsten Fall versuchen die USA und die EU gemeinsam mit der Türkei, Saudi Arabien und Katar die Situation zu einem lang anhaltenden Bürgerkrieg zu eskalieren und das Land, ähnlich wie Libyen, völlig zu destabilisieren – um dann etwaig auch den Iran militärisch zu attackieren. Selbst in einem solchen Fall wären die kurdischen Provinzen stabil, solange die westlichen „Großmächte“ der Türkei kein grünes Licht für Massaker oder einen Genozid geben würden.

Ich denke, es ist wichtig, dass die linken und emanzipatorischen Kräfte in der Bundesrepublik, die Situation genau analysieren und auch hier Widerstand gegen die militärische Option entfalten. Die Herrschenden in patriarchal-kapitalistischen Gesellschaftsformationen neigen immer zu gewaltförmigen Lösungen, solange keine relevanten gesellschaftlichen Gegenbewegungen die Kräfteverhältnisse beeinflussen.

Martin Dolzer ist diplomierter Soziologe und freier Journalist. Er war Projektmitarbeiter für Menschenrechte in der Türkei bei dem Bundestagsabgeordneten Norman Paech. Im Rahmen von Menschenrechtsdelegationen und Forschungsreisen hatte er Gelegenheit, zahlreiche Interviews in den kurdischen Gebieten zu führen. Seit Anfang des Jahres ist im Pahl-Rugenstein Verlag sein Buch »Der türkisch-kurdische Konflikt« in zweiter und erweiterter Auflage wieder zu haben: Der türkisch-kurdische Konflikt. Menschenrechte – Frieden – Demokratie in einem europäischen Land? 201 S., 19,90 EUR



Fotos: Demonstration für Freiheit und ein föderales Westkurdistan in der Stadt Derbasiya am 14. September 2012



## Grüner Sozialismus

Eine aufgeschnittene grüne Melone mit tiefrotem Kern zierte das Titelbild der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift »LuXemburg« - und verweist so auf das Thema des Heftes: »Grüner Sozialismus«. Westlinke mögen sich an den Spruch erinnern, mit dem in den 1980er Jahren vor den »Grünen« gewarnt wurde: Sie seien eine Melonenpartei, außen grün und innen rot. Viele die damals dem starken ökosozialistischen Flügel der Partei angehörten, sehen heute nur noch schwarz-rot-gold bei den »Bündnisgrünen« - die alternative Standortpartei. Sie stehen nurmehr für die Illusion eines »Grünen Kapitalismus«.

Die Partei Die Linke ist in der Ökologiefrage zwar programmatisch halbwegs auf der Höhe der Zeit, allerdings sind hinsichtlich ihrer Mitgliederbasis eher Zweifel angebracht, und auch die Parteispitze glänzte bisher nicht gerade, wo's um den Umbau gesellschaftlicher Naturverhältnisse ging. Letzteres scheint sich zu ändern. Die neuen Chefs, Katja Kipping und Bernd Rixinger, haben sich in einem Beitrag für »LuXemburg« vorsichtig positioniert:

*„Grüner Sozialismus lässt sich als eine postkapitalistische Gesellschaftsformation beschreiben, die sich nur als Dreiklang von demokratischer Steuerung von Wirtschaft und Gesellschaft, ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit denken lässt. Eine Gesellschaft, die im Gegensatz zum Kapitalismus in der Lage sein wird, jenseits eines strukturellen Profit- und Wachstumszwangs die Lebensqualität zum Maßstab ihres ökonomischen Handelns zu machen.“ (S. 19)*

Das geht nicht über das hinaus, was Trampert und Ebermann in den frühen 1980er Jahren innerhalb der Grünen formulierten, aber es ist für einen zukunftsorientierten Sozialismus nicht zu hintergehen. Die Partei kann sich glücklich schätzen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Umfeld geschaffen zu haben, dem ein postfossiler Sozialismus seit einiger Zeit strategische Orientierung ist. Davon zeugen die fast durchweg interessanten Aufsätze in der »LuXemburg«, u.a. von Elmar Altwater, Ulrich Brand, Christoph Spehr und Raul Zelik. Dass damit auch eine Selbstveränderung der Partei Die Linke und eine Annäherung an die Linke eingeläutet wird, ist zu hoffen.

LuXemburg 3/2012: »Grüner Sozialismus«, 160 S., 10,- €, Bestellung unter: [www.zeitschrift-luxemburg.de](http://www.zeitschrift-luxemburg.de)

## Occupy Anarchy!

„Das Scheitern der 99 Prozent“ titelte die Financial Times Deutschland zum Jahrestag der Besetzung des Zuccotti-Parks in der Nähe der Wall-Street. Und in der Tat: Während die Finanz- und Weltwirtschaftskrise sich vertieft, ist die Occupy-Bewegung weitgehend von der Bildfläche verschwunden. Der so genannte »Protestforscher« Dieter Rucht befand gegenüber der FTD, dass Occupy im Wesentlichen im Prozess der Selbstfindung und des Erlernens einer bestimmten Kommunikationsweise stecken geblieben sei. Und: *„Die Forderungen der Occupy-Bewegungen waren zu allgemein gehalten.“*

Was hier als Schwäche analysiert wird, sehen die Autor\_innen von »Occupy Anarchy!« ganz anders. Die herausgebende »Infogruppe Bankrott« hat in der Reihe »systemfehler« der edition assemblage erschienenen Band Beiträge US-amerikanischer Libertärer versammelt; die Bekanntesten sind sicherlich David Graeber, Mike Davis und Judith Butler.

Im Unterschied zu Rucht sieht Graeber das Neue von Occupy gerade darin, sich nicht auf die bekannten politischen Spielchen eingelassen, sondern sich fast naturwüchsig an anarchistischen Prinzipien orientiert zu haben. Er nennt: 1) Die Weigerung, die Legitimität der bestehenden politischen Institutionen anzuerkennen. 2) Die Weigerung, die Legitimität der bestehenden Rechtsordnung zu akzeptieren. 3) Die Weigerung, eine interne Hierarchie zu bilden, sondern stattdessen eine Form der konsens-basierten direkten Demokratie zu erproben. Für ihn waren die Camps als *„experimentelle Räume [...] ein authentischer Versuch, die Institutionen einer neuen Gesellschaft in der Schale der alten zu schaffen.“*

»OCCUPY ANARCHY!« ist der erste Aufsatzblock überschrieben; Graeber gibt die Richtung vor. »OCCUPY YOUR BODIES!« heißt der zweite Block, der sich u.a. mit der Frage beschäftigt, wie feministisch Occupy ist; dazu gehört ein spannender Artikel von Judith Butler über »Prekär-Sein«. Im letzten Block geht's dann um »OCCUPY PRO-DUCTION!« - mit Beiträgen zur Generalstreikdebatte, aber auch Haus- und Fabrikbesetzungen.

Im Unterschied zu Deutschland fanden und finden in den USA anscheinend rund um Occupy Debatten statt um das Verhältnis zu Obdachlosen, Erwerbslosen und zur Arbeiter\_innenklasse. Und auch wenn die erste Runde unterm Strich wohl an die Herrschenden abgegeben wurde - Klassenkampf bleibt nicht bei einem einmaligen Schlagabtausch stehen. Die nächste Runde steht bevor.

Infogruppe Bankrott (Hg.), Occupy Anarchy! Libertäre Interventionen in eine neue Bewegung. 152 Seiten, ISBN 978-3-942885-26-3, 9,80 EUR





## Freiheit für Abdullah Öcalan

### Kampagnenbus am 10.11. in Celle

Seit September gibt es eine internationale Kampagne für die Freiheit von Abdullah Öcalan und für die Freiheit aller politischen Gefangenen in der Türkei. Im Zuge dieser Kampagne ist ein Bus mit der Forderung »Freedom for Öcalan« seit dem 8. September 2012 auf Aktionstour. Bis zum 24. November wird dieser Bus in 60 europäischen Städten Halt machen und auf zentralen Plätzen mit kulturellem Programm und Informationsständen die Forderung in der Öffentlichkeit verbreiten. In Celle ist der Bus am Sa., 10. November, ca. 9.30 – 16 Uhr auf dem Großen Plan.

Der Konflikt zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Freiheitsbewegung dauert immer noch an. Die Kampagne tritt ein für eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage. Auch nach seiner Inhaftierung gilt Abdullah Öcalan für die Mehrheit der Kurd\_innen als unangefochtene Führungspersönlichkeit. Öcalans Freiheit würde – so die Hoffnung – die militärische Logik des Konflikts durchbrechen und den Fokus endgültig auf friedliche Verhandlungen verschieben.

Infos zur Kampagne auf [www.freeocalan.org](http://www.freeocalan.org)  
*Internationale Initiative „Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan“, Köln*

## Brecht-Abend mit Franziska Mencz und Christian Kaiser

Es geht auch anders - aber so geht es auch! Berichtenswertes und Unanständiges aus dem Leben des großen B.B.

Christian Kaiser als Brecht in Lederjacke, mit Schiebermütze und Zigarre, sowie Franziska Mencz als Darstellerin der nicht immer beneidenswerten Frauengestalten um den widersprüchlichen Autor und Regisseur bieten eine literarische Spurensuche auf der Fährte des Getriebenen. Mencz und Kaiser, Schauspieler der bekannten Bremer Shakespeare Company, zeigen dabei auch weniger bekannten Seiten des großen Schriftstellers.

Als Rahmenhandlung dient die Vorbereitung auf ein Verhör vor dem »Ausschuss für unamerikanische Umtriebe«, vor dem sich Brecht im Jahr 1947 verantworten musste. Kaiser, schon rein äußerlich mit Nickelbrille und Schiebermütze Brecht gar nicht so unähnlich, zieht sozusagen Bilanz des Lebens Brechts. Mencz verkörpert als Helene Weigel eine der vielen Frauen an Brechts Seite und begleitet den großen B.B. und sich auf dem Akkordeon.

**Donnerstag, 13.12., 20 Uhr**

**Veranst.: Kino 8 ½ und Rosa Luxemburg Club**

**Kunst & Bühne, AK 10,00 / erm. 5,00**



Anzeige

Hallo,

seit einem Jahr sind wir im Stadtrat und versuchen dort, sozialen und ökologischen Politikvorstellungen eine Stimme zu geben. Wir haben eine Menge Initiativen ergriffen, von denen sich leider nicht alles in der Tagespresse wiederfindet. Wer sich für Kommunalpolitik – und das heißt: unser Leben in Celle – interessiert, sollte deshalb gelegentlich mal auf unsere Homepage oder Facebook-Seite gehen:  
[www.linke-bsg.de/](http://www.linke-bsg.de/) oder [www.facebook.com/linke.bsg](http://www.facebook.com/linke.bsg)

Oliver Müller und Behiye Uca

**fragen Sie uns auch auf [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de)**

**IHRE MEINUNG ZÄHLT!**

**HAUSHALT**  
 Wie soll die Stadt ihre Einnahmesituation verbessern?

Gewerbesteuer erhöhen (52%)
Grundsteuer erhöhen (26%)
Ba-Ba-Bankrobbery (19%)
Gewerbesteuer (4%)

## Alle Macht den Räten



Zwei rote Kirschen auf dem Buchcover – und zur Deutung gleich zu Beginn den Text von Franz-Josef Degenhardt zur Pariser Commune („Gewiss doch, die kommt die Kirschenzeit ...“), die als Vorbild gepriesen wird für den nächsten Anlauf. Und um genau diesen geht es auch Manfred Sohn in seinem Anfang des Jahres erschienenen Buch mit dem Untertitel: „Alle Macht den Räten“.

Wir stellen es zum einen vor,

weil Manfred Sohn für die im Januar anstehende Landtagswahl die Landesliste der Partei Die Linke anführt. Er ist zurzeit auch Landesvorsitzender der Partei und sitzt für sie im Landtag. Da – leider, leider – parlamentarische Initiativen in Niedersachsen nur wenig durchschlagende Medienwirkung erzielen konnten, viele also gar nicht wissen, was Die Linke so getrieben hat im Hannoversche Leineschloss, lohnt vielleicht ein Blick in das Buch des Spitzenkandidaten. Zum andern beschäftigt sich Sohn genau mit dem Terrain, dem sich die revista verschrieben hat: Zu schauen, was vor der eigenen Haustür abgeht und wie sich da das eine oder andere so verändern lässt, dass es nebenbei vielleicht auch die Menschen verändert.

Die ehemalige Parteichefin Gesine Lötzsch ist bekanntlich medial stark unter Beschuss genommen worden für ihren kleinen Beitrag über die »Wege zum Kommunismus«, vielleicht wird's Sohn ähnlich gehen, wenn Chancen der Partei auf einen Wiedereinzug in den Landtag steigen. Denn Sohn widmet sich der Frage, wie nach 72 Tagen »Pariser Commune« und 72 Jahren »(realem) Sozialismus« ein »dritte Anlauf« aussehen müsste, um erfolgreich zu sein.

Im Zentrum sollte die Kommune stehen, gemeint als Stadt oder Gemeinde – sie muss seiner Auffassung nach weitestgehend autonom sein, eingebettet in ein regionalisiertes Wirtschaftsgeschehen. Der Autor sieht hierfür sowohl energetisch (dezentrale Erneuerbare) wie technologisch Voraussetzungen zur Abkehr von großindustrieller Produktion hin zu gemeinschaftlichen Betrieben. Bei der alten Frage Zentralität vs. Dezentralität gibt's eine deutliche Positionierung gegen jeglichen Zentralismus. Bei der Frage Plan oder Markt geht Sohn in Teilen den Weg mit, den Sarah Wagenknecht jüngst beschritt: Plan für die Gewährleistung infrastruktureller Rahmenbedingungen, dazu Gesundheitsversorgung und Bildung, dann regionale Gemeinwirtschaft losgelöst vom Markt und schließlich ein Marktgeschehen für den Rest.

Die zweite Säule des nächsten Anlaufs ist für Sohn der Feminismus. Er analysiert die Rolle von Frauen in gesellschaftlichen Umbruchphasen und kommt – ohne neueren feministischen Theorien allzuviel Bedeutung beizumessen – zu der Feststellung, dass Karl (Marx) ohne die Ergänzung durch Rosa (Luxemburg) nicht siegen kann: „*Deshalb können die Pro-*

*duktionsverhältnisse nicht umgewälzt werden, ohne die Reproduktionsverhältnisse umzuwälzen. Deshalb kann die Befreiung der Lohnarbeit ohne die Befreiung der Reproduktionsarbeit und damit der Frau nicht vollzogen werden.*“ Seine Bezugnahme auf die alte Patriarchats-Matriarchats-Diskussion kommt zwar etwas altbacken daher, aber liest sich vor dem Hintergrund seines dringenden Appells für dezentrale Strukturen durchaus anregend. Und angesichts der neoliberalen Kehrtwende des feministischen deutschen Mainstreams ist seine Aufforderung, Sozialismus und Feminismus gemeinsam zu denken, vielleicht schon wieder notwendig.

Hier und da kribbelt Kenner\_innen der bundesdeutschen Linken der alte Stallgeruch von Manfred Sohn in der Nase – Sohn war bis Ende der 1990er Jahre in der DKP, aber: Genau das ermöglicht ihm zwar, kenntnisreich aus dem Erosionsprozess der DDR Lehren zu ziehen. Andererseits bleibt als große

Leerstelle in seinem Buch die Frage der Ökologie. Die sich aus »Peak everything« ergebenden Fragen stellen sich ihm nicht, weil er in traditionell sozialistischem Fortschrittsglauben einfach darauf setzt, dass sich an örtlichen Gegebenheiten angepasste Lösungen finden würden, „*deren Ziel es ist, Stoffkreisläufe möglichst weitgehend zu schließen.*“ Selbstverständlich wäre dies einfacher, wenn die Allmacht der Märkte gebrochen ist, aber wer die Diskussion um Postwachstumsgesellschaften und eine radikale Nachhaltigkeit ernst nimmt, muss über im wesentlichen technokratische Ansätze hinausschauen. So können sich die Leser\_innen des Eindrucks nicht erwehren, dass die ökologischen Zerstörungsprozesse nicht wirklich ernst genommen werden.



Trotzdem: Seine Argumente dafür, einen neuen Sozialismus vor allem kommunal und dezentral zu konzipieren, sind allemal lesens- und bedenkenswert.

Manfred Sohn: Der dritte Anlauf – Alle Macht den Räten. Papyrossa Verlag, Köln 2012, 180 Seiten, ISBN 978-3-89438-491-3, 12,90 Euro

Mittwoch, 14. November 2012, 19.00 Uhr

Alle Macht den Räten? Zur Bedeutung der Kommunalpolitik für eine emanzipative Politik

Lesung von Manfred Sohn »Der dritte Anlauf«

In einer Art World-Café kann dann mit Sohn sowie Behiye Uca und Oliver Müller über »Theorie« und Praxis diskutiert werden

Rosa Luxemburg Club Celle, Kino 8 ½, kein Eintritt

Noah Sow & Mutlu Ergün

## Edutainment Attacke!

Noah Sow & Mutlu Ergün (Foto rechts: Fabian Schmidt) kommen am 22.11. auf Einladung des Forums gegen Gewalt und Rechtsextremismus nach Celle. In ihrer 90-minütigen Show "Edutainment Attacke!" erfahren die Besucher\_innen mit Quiz, Stand-Up, Rap, Lesung und Satire unter anderem:

- was man auf die Frage „wo kommst du heeere?“ alles antworten kann,
- ob Europäer\_innen über mehr genetische Vielfalt als Fruchtfliegen verfügen,
- was die zivilisierte Welt vom Stamm der Bayern lernen kann,
- welche Parallelgesellschaften die größten Intergrationsprobleme haben,
- wie „mein bester Freund Cihad“ seine Kommilitonen durcheinanderbringt.

Noah Sow arbeitet als Musikerin und Moderatorin, ist aber vielen wohl vor allem bekannt über ihr Buch »Deutschland Schwarz-Weiß«, in dem sie auf anschauliche Weise den alltäglichen Rassismus behandelt: woher er kommt, wie er weitergegeben wird, wie er sich oft versteckt äußert ... und nebenbei auch, wie er zu unfreiwilliger Komik führen kann.

So entstand dann auch die Idee für das gemeinsame comedy-Programm mit Mutlu Ergün, dem in Berlin geboren und in London lebenden Autor und Literaturwissenschaftler.

Zu ihrem Projekt schreiben die beiden: „Theorien über Transkulturalität sind eine Sache. Kunst eine andere. Demokratiefördernde Inhalte entwickeln, die generationsübergreifend anwendbar sind: nicht ganz leicht. Selbstbestimmte postmigrantische Positionierungsmöglichkeiten in Zeiten offiziell gebotener und gleichzeitig strukturell noch nicht erreichter Gleichberechtigung: ein Thema für sich. Diese Inhalte so kommunizieren, dass sie auch aufgenommen werden: ein selbstbewusstes Ziel. Die Jugend erreichen und das Selbstbewusstsein von Kindern fördern, die nicht von Geburt an privilegiert sind: ein wirklich schweres Vorhaben. Und das ganze auch noch mit positiver Stimmung, Bildung und Power verbinden... das alles klingt wie eine schöne Utopie. [...] Wir übernehmen - zivilgesellschaftlich. Die „Edutainment Attacke!“ ist unabhängig vom Goodwill derer, die auf Erkenntnisse nicht angewiesen sind um frei von rassistischer Diskriminierung leben zu können, und wird unter anderem deswegen vieldimensional und selbstbestimmt getan. Und sie setzt dort an, wo die positiven Auswirkungen möglichst groß sind: das Programm ist für alle Biografien, Sozialisierungen und Altersstufen gleichermaßen geeignet.“

Donnerstag, 22. November, 19 Uhr, Exerzierhalle

Eintritt frei, Spende erbeten



### Kai Degenhardt (Hamburg) „Näher als sie scheinen“

Im Herbst stand der Hamburger Kai Degenhardt mit seiner CD „Näher als sie scheinen“ auf der Bestenliste des Preises der Deutschen Schallplattenkritik, jetzt kommt er mit seiner „Lieder-macherei“ nach Celle. In der Jurykritik heißt es: „Das neue Album von Kai Degenhardt hört sich an wie ein spannender Roman: in sich geschlossen, mit gekonnten Tempowechseln, musikalisch klar, minimalistisch, voller Überraschungen. Gitarren treffen auf unaufdringliches Sampling, das Bänkellied steht neben Road-Movie und Kurzgeschichte, Erfundenes neben historischen Momentaufnahmen. Immer politisch, aber nie nur tagespolitisch, schenkt Degenhardt dem Hörer die Freiheit, weiter zu denken.“

Seit 1987 begleitete Kai Degenhardt seinen im vergangenen Jahr verstorbenen Vater Franz Josef Degenhardt bei Live-Konzerten und Studioaufnahmen. 10 Jahre später veröffentlichte er seine erste CD mit eigenen Liedern, der inzwischen vier weitere gefolgt sind. Musikalisch und textlich hat er seinen eigenen Stil gefunden. „Natürlich mache ich politische Lieder - was auch sonst. Ich schreibe und singe ja von mir und Gott und der Welt und wie das alles zusammenhängt“, sagt Kai Degenhardt. „Ich bediene mich aus dem musikalischen Material der zeitgenössischen U-Musik von Folk bis „Beats & Clongs“.

Veranstalter ist der Celler Rosa-Luxemburg-Club in Kooperation mit der Rosa Luxemburg Stiftung Niedersachsen

Dienstag, 13. November, 20 Uhr, Kunst & Bühne

Der Eintritt ist frei.



## Die Theatergruppe „Berliner Compagnie“ gastiert mit ihrem Stück „So heiß gegessen wie gekocht“

Schauplatz des Stückes ist die Küche eines Gasthofes, in dessen Nähe ein Kohlekraftwerk entstehen soll. Während die Honoratioren der Stadt im Gastraum mit den Managern mauscheln, werden nicht zuletzt durch den Spüler – ein illegaler Migrant aus Afrika – den Köchen einige Zusammenhänge bewusst. Schmissige Songs, heiße Rhythmen, sechs schräge Typen gegen einen übermächtigen Konzern. Die Küche wird zum Widerstandsnest.

Bei der „Berliner Compagnie“ handelte es sich um eine professionelle Theatergruppe, die mittlerweile seit 30 Jahren zur Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit zivilgesellschaftlicher Gruppen durch die Lande tourt. Viele in Celle werden sich an die gelungene Aufführung des Stückes „Das blaue Wunder“ im Jahre 2007 erinnern, in dem es um die Privatisierung des Wassers ging. Mit diesem Stück nun möchte die „Berliner Compagnie“ alle unterstützen, die sich für erneuerbare Energien einsetzen.

Dieses Gastspiel wird organisiert vom „Eine-Welt-Arbeitskreis Celle e.V.“, von ATTAC, Ver.di, Amnesty International, HVHS Hustedt, dem Evangelischen Arbeitskreis Celle und GEW unterstützt wird.

Zuschüsse erteilen zudem „Katholische Fonds – Kooperation Eine Welt – für weltkirchliche und entwicklungsbezogene Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit“ und „Engagement Global – Service für Entwicklungsinitiativen“ vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)



Der Kartenverkauf findet ab September 2012 im Buchladen „Sternkopf & Hübel“ in der Neuen Straße, sowie im „Weltladen Celle“, Zöllnerstraße 29, statt.

Der Preis für eine Eintrittskarte beträgt 12 €, Schüler, Studenten und Arbeitslose können ermäßigte Karte für 8 € erwerben.

6. November um 20:00 Uhr im „Forum“  
(Schulzentrum Burgstraße)

Foto: Ida Henschel

## Castor-Prozess in Celle

Am 5. November findet um 9 Uhr im Amtsgericht Celle (Saal 144) der zweite Prozesstag gegen eine\_n Aktivist\_in der Castor-Blockade in Dalle im November 2010 statt.

Es geht dabei um den Einspruch gegen einen schon ergangenen Strafbefehl in Höhe von 55 Tagessätzen wegen Störung öffentlicher Betriebe und Nötigung.

Der Vorwurf: Sie\_Er soll sich am 7. November 2010 nahe Dalle (im Landkreis Celle) mit Stahlrohren unter den Gleisen festgekettet haben und so den Wendlandcastor für ca. drei Stunden gestoppt haben.

„Blockieren bis zum Ausstieg“ stand seinerzeit auf dem Transparent. Im Herbst 2010 hatte sich der Bundestag gerade für eine weitere Laufzeitverlängerung (für Atomkraftwerke) von durchschnittlich 12 Jahren entschieden. Ein halbes Jahr später, nach der Atomkatastrophe in Fukushima, wurde beschlossen einen Teil der Meiler in Deutschland unverzüglich stillzulegen und die Laufzeiten der anderen Meiler wieder zu verkürzen. Umweltverbände und Aktivist\_innen kritisierten diese Maßnahmen als halbherzig. Aus ihrer Sicht birgt jeder Tag des Weiterbetriebs neue Probleme - vom Uranabbau bis zum radioaktiven Müll.

Der\_Die Angeklagte will sich nicht nach den Spielregeln ducken, sondern einen offensiven und kreativen Prozess führen

sowie die Gründe ihres/seines Handelns breit thematisieren, heißt es in einer Pressemitteilung. Zu Aktionen rund um den Prozess wird ausdrücklich aufgerufen!

Da in Verbindung mit den Prozess auch finanzielle Kosten zu erwarten sind, kann die Aktion auch durch eine Spende unterstützt werden.

Kontoverbindung: Förderverein „Spenden & Aktionen“,  
Betreff: Castorblockade Dalle, Ktnr: 92881806, BLZ: 51390000, Volksbank Mittelhessen

Mehr Infos unter: <http://castorblockadedalle.wordpress.com>







# Kino 8 1/2

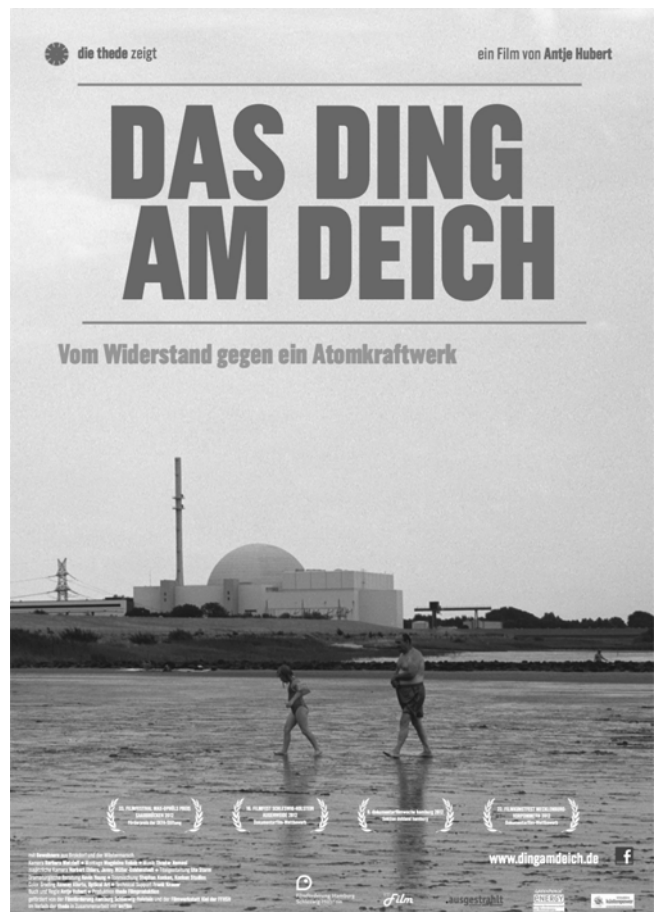


09. (20.30) und 12. (!) November (20.00)

## BERG FIDEL – EINE SCHULE FÜR ALLE

Drei Jahre lang begleitet der Dokumentarfilm vier Kinder mit unterschiedlichen Lernbehinderungen durch ihren Alltag an der inklusiven Gemeinschaftsgrundschule "Berg Fidel" in Münster. Die Langzeitbeobachtung bleibt konsequent bei ihren Protagonisten, lässt weder Eltern noch Lehrer oder externe Experten zu Wort kommen, sondern einzig die Schüler. Die unkommentierte Dokumentation überzeugt als engagiertes, stilles und bewegendes, nie schönfärbendes Plädoyer gegen das frühe Aussortieren im deutschen Schulsystem.

Deutschland 2011, Kinostart: 13.09.2012, 94 Minuten



Do., 29. November, 19.00

## DAS DING AM DEICH

Vom Widerstand gegen ein Atomkraftwerk

Dokumentarfilm über das Leben in Brokdorf an der Untertelbe, wo 1986 trotz heftiger Proteste ein Atomkraftwerk ans Netz ging. Im Gespräch mit unterschiedlichen Personen wird dabei das gegenwärtige Verhältnis zum Kraftwerk ebenso beleuchtet wie die Protestbewegung der 1980er-Jahre. Der Fokus liegt allerdings auf der Gegenwart, in der das Kraftwerk nach wie vor für Konflikte sorgt. Ohne Kommentar und Musik, dafür mit wunderbaren Stillleben einer trügerischen Idylle versetzt, gelingt ein eindrucksvolles Porträt des Dorfes und ein bemerkenswerter Beitrag zur deutschen Nachkriegsgeschichte.

Deutschland 2012, Kinostart: 23. August 2012, 96 Minuten

Mit anschließendem Werkstatt-Gespräch: Die in Celle geborene und aufgewachsene Regisseurin Antje Hubert ist zu Gast.

In Kooperation mit dem RLC Celle und dem Celler Forum gegen Atomenergie

<http://www.kino-achteinhalf.de/>

Stefan hat es diesmal nicht geschafft, rechtzeitig vor unserem Redaktionsschluss ein komplettes Programm für die nächsten zwei Monate fertiggestellt zu haben. Deshalb hier nur der Verweis auf die Kino-Homepage. Und nächstes Mal ist alles wieder, wie ihr es kennt, okay?

# Politische Termine in und um Celle

Sa., 03. November, 13.00

## Demonstration gegen MOX-Transporte in Emmerthal

AKW-Gegner\_innen aus Celle fahren mit dem Niedersachsen-Ticket um 10.47 Uhr ab Hauptbahnhof

Mo., 05. November, 9.00

## Castor-Prozess zur Blockade in Dalle

Amtsgericht, Saal 144

Mehr auf S. 28

Di., 06. November, 20.00

## Berliner Compagnie

### So heiß gegessen wie gekocht

Ein Theaterstück zur Klimakatastrophe (mehr s. S. 25)

Forum Burgschulzentrum, 12,00 / erm. 8,00

Fr., 09. November, 14.00

## Celle im Nationalsozialismus Zeitgeschichtlicher Rundgang

Der zeitgeschichtliche Stadtrundgang zu "Celle im Nationalsozialismus" beginnt an der Synagoge, dauert etwa zwei Stunden und endet am Mahnmal in den Triftnanlagen. Die Historiker Reinhard Rohde und Tim Wegener führen dabei an Orte, die für Täter, Opfer und Zuschauer in der Zeit des NS von Bedeutung waren. Die Teilnahme ist kostenlos.

Beginn: 14 Uhr, Synagoge, Im Kreise

Fr., 09. November, 19.00

## Namensstudien

### Oskar Ansell liest Karl Emil Franzos

Karl Emil Franzos' Aufsatz „Namensstudien“ (1888) schildert die Zwangsvergabe von Nachnamen an Juden in Mittel- und Osteuropa gegen Ende des 18. Jh. Den historischen und literaturgeschichtlichen Kontext sowie die Aktualität dieses wichtigen Textes aus dem Werkkomplex der Reise- und Kulturbilder aus Halb-Asien erläutert Oskar Ansell.

Synagoge, Im Kreise, Eintritt frei

Sa., 10. November, 9.30 – 16.00

## Freiheit für Abdullah Öcalan

### Kampagnenbus

Großer Plan (mehr S. 26)

Mi., 14. November, 19.00

## Alles Macht den Räten?

### Zur Bedeutung der Kommunalpolitik für eine emanzipative Politik

### Lesung von Manfred Sohn aus seinem Buch »Der dritte Anlauf«

In einer Art World-Café kann dann mit Sohn sowie Behiye Uca und Oliver Müller über »Theorie« und Praxis diskutiert werden

Veranst.: Rosa Luxemburg Club Celle

Kino 8 ½, kein Eintritt (s. Seite 27)

Fr., 16. November, 19.00

## „Der Traum lebt mein Leben zu Ende.“ Das Leben der Dichterin Rose Ausländer.

### Ein Film von Katharina Schubert.

Kunst & Bühne, Nordwall, 5,00

Sa., 17. November, 10.00 – 17.00

## Workshop

### Antirassismus-Training

Im Zuge der Aufklärung der NSU-Morde ist leider nur noch wenig vom Thema Rassismus die Rede. Dabei war Rassismus eine der Haupttriebfedern der Täter\_innen und auch Medien und staatlichen Behörden spielten dabei eine unrühmliche Rolle: Wenn z.B. von "Dönermorden" die Rede war, eine Sonderkommission "Bosporus" eingerichtet und dementsprechend in den Reihen der Opfer und ihren Angehörigen ermittelt wurde. Genug aktueller Anlass also, um sich mit dem Thema Rassismus intensiv auseinanderzusetzen. In unserem Workshop soll Rassismus sowohl auf individueller Ebene als auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene analysiert werden.

Schriftl. Anmeldungen: Diakonisches Werk, Fritzenwiese 7, 29221 Celle.

Do., 22. November, 19.00

## Edutainment Attacke! mit Noah Sow & Mutlu Ergün

Veranst.: Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus, mehr S. 28

Exerzierhalle

Mo., 26. November, 20.00

## Wie wollen wir leben? – Thema: Mobilität (Offene Gesprächsrunde)

Familienbildungsstätte

Fr., 30. November, 14.00

## Öffentliche Veranstaltung aus Anlass des 60. Jahrestages der Einweihung der Gedenkstätte Bergen-Belsen

Kranzniederlegung am Obelisken

Do., 13. Dezember, 20.00

## Brecht-Abend mit Franziska Mencz und Christian Kaiser

Es geht auch anders - aber so geht es auch! Berichtenswertes und Unanständiges aus dem Leben des großen B.B.

Veranst.: Kino 8 ½ und Rosa Luxemburg Club (mehr S. 26)

Kunst & Bühne, AK 10,00 / erm. 5,00

So., 16. Dezember, 15.00

## Literatur-Links

Mitglieder und Freunde des Rosa-Luxemburg-Clubs stellen bei Stollen & Sherry ihre Lieblingsbücher des Jahres 2012 vor (Belletristik & Sachbuch)

Das BÜRO, Neustadt 52, Eintritt frei

So., 23. Dezember, 20.00

## Die große REVISTA-Weihnachts- Charity-Party

Zum Empfang gibt's den Celler »Kult«-Film über die »Initiative Naafi-Kulturzentrum«, dann wird bei Käse-Toast (à la POP), Kürbissuppe & Oldies im Nebenraum soviel Celle Bier »verzehrt«, bis mindestens eine Ausgabe finanziert ist.

Kino 8 ½ & Nebenraum



# Kunst & Kultur

Do. 01. November, 20.00

## Rudy Rotta

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 02. November, 19.00

## 3. CAJUN & ZYDECO FESTIVAL: Cajun Roosters (London), T' Monde (USA), Grass'n Groove (Celle)

Hof Wietfeldt, freier Verkauf nur Tee  
Kanzlei VVK 22,00

Sa., 03. November, 20.00

## Feuerschwanz mit ihrem neuen Album "WalHalliGalli"

CD Kaserne, VVK 15,90, AK 18,00

So., 04. November, 20.00

## The House Jacks (a capella)

CD Kaserne, VVK 14,90, AK 16,00

Fr., 09. November, 21.00

## Dire Strats

CD Kaserne, VVK 12,90, AK 14,00

Sa., 10. November, 20.00

## Der Familie Popolski

CD Kaserne, VVK 25,90, AK 28,00

So., 11. November, 17.00

## Jazz Geschichten mit Wolfgang Heidenreich mit den Blues Serenaders und Curt Prina am Piano

Kreistagssaal, AK 10,00

Di., 13. November, 20.00

## Kai Degenhardt - Liedermacher

Kunst & Bühne, Eintr. frei; mehr S. 28

Fr., 16. November, 20.00

## Basta (a capella)

CD Kaserne, VVK 20,90, AK 22,00

Sa., 17. November, 20.00

## Los Colorados

CD Kaserne, VVK 18,90, AK 22,00

Do., 22. November, 20.00

## Christina Lux

CD Kaserne, VVK 14,90, AK 16,00

Do., 22. November, 20.00

## ANNE HAIGIS und JAN LAACKS - «Zuhause in der Fremde»

Hof Wietfeldt, freier Verkauf nur Tee  
Kanzlei VVK 22,00

Fr., 23. November, 19.00

## Jazz-Session

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Fr., 23. November, 21.00

## Phillip Boa and the Voodooclub

CD Kaserne, VVK 19,90, AK 22,00

Sa., 24. November, 20.00

## Nacht der Trommeln

CD Kaserne, VVK 10,90, AK 14,00

Sa., 01. Dezember, 21.00

## Stammheim (Rammstein-Tribute)

CD Kaserne, VVK 13,90, AK 15,00

Mi., 05. Dezember, 19.30

## Nikolaus-Jazz mit Big-Band-Celle

Kreistagssaal

Fr., 07. Dezember, 20.00

## Michy Reincke Trio – support: Katharina Vogel

CD Kaserne, VVK 22,90, AK 24,00

Sa., 15. Dezember, 21.00

## Big Maggas

CD Kaserne, VVK 11,90, AK 13,00

Di., 25. Dezember, 21.00

## Freedom – The Party

CD Kaserne, AK 5,00

Fr., 28. Dezember, 20.00

## Rocktail

CD Kaserne, VVK 16,90, AK 19,00

Sa., 29. Dezember, 21.00

## Jailbreaker

CD Kaserne, VVK 13,90, AK 15,00

## Ständige Termine

**Arbeitskreis "Eine Welt"**  
jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen  
(Zöllnerstraße 29)

**Weltladen Öffnungszeiten:**  
Mo - Fr: 10-17, Sa: 10 -14 Uhr

**AK Ausländer**  
jeden 3. Mo. im Monat, 18.00 Uhr  
Urb.-Rhegius-Haus, Fritzenwiese

**Attac-Plenum**  
jeden 3. Di. im Monat  
20.00 Uhr in der Deutschen Ange-  
stellten Akademie, Spörckenstr. 63

**Forum gegen Atomenergie**  
jeden 2. Di. im Monat, 20.00  
Uhr – Buntes Haus

**Regionale Energie & Kon-  
sum-Wende (Transition  
Town)**  
jeden 1. Di. im Monat, 18.30  
Uhr – Buntes Haus

## ... im Bunten Haus:

Hannoversche Str. 30f  
29221 Celle, Tel.: 907927

**Plenum**  
jeden Do., 19 Uhr

**Info-Kneipe**  
Jeden Mo., 19.30 Uhr

**Archiv**  
jeden Do., 17-19 Uhr

**inhaltliches Hausplenum**  
jeden 2. + 4. Mi., 19 Uhr

**Infoladen**  
jeden Mo. 19-21 Uhr